Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

25 (25.1.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 12.50 M., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 10.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 12.50 M., monatl., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 11.— M., vierteljährlich 33.— Mk. Einzelverkauf Werktags 50 Pfg., Sonntags 60 Pfg.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 M.; auswärts 3.— M.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 M.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide"

Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 426. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 25. — Mittwoch, den 25. Januar 1922 — Erstes Blatt.

Das Programm der badischen Regierung.

Reden des Staatspräsidenten und des Finanzministers im Landtag.

Staatspräsident Dr. Hummel.

Der Herr Präsident hat schon dem verstorbenen Papst Benedikt XV. herzliche Worte des Nachrufs gewidmet. Papst Benedikt XV. war ein wahrer Freund des deutschen Volkes. Noch in den letzten Tagen vor seinem Tode hatten wir Gelegenheit, Kenntnis zu nehmen von Handlungen der Mildtätigkeit, die sich auf die notleidenden Teile des deutschen Volkes erstreckten. Er hat während des Krieges seine ganze Kraft eingesetzt, um der Welt den Frieden wieder zu geben und er hat es in einer Zeit und unter Verhältnissen getan, in denen seine Schritte nicht anders wie als deutschfreundliche Handlungen aufgefaßt werden mußten. Er hat seine ganze Macht und seinen Einfluß auch in der Nachkriegszeit dafür eingesetzt, die moralischen und physischen Grundlagen in der Welt zu schaffen, die für eine menschlichere Behandlung Deutschlands notwendig sind, und so ist in ihm ein großer Staatsmann und wahrhaft religiöser Mensch dahingegangen, dem auch das Badische und das Deutsche Volk Dank schulden.

Meine Damen u. Herren! Das Kabinett, das sich Ihnen heute vorstellt ist fast unverändert dasselbe wie im letzten Jahre. Als Ergebnis der Wahlen ist ein Mitglied des alten Kabinetts,

Staatsrat Schön

ausgeschieden. Wir, die wir das neue Kabinett bilden, sind dem ausgeschiedenen Kollegen für seine verständnisvolle Mitarbeit aufrichtigen Dank schuldig. Auch in der Person des präsidierenden Mitgliedes des Ministeriums hat ein Wechsel stattgefunden. Dieser Wechsel ist lediglich auf die dahin lautende Bestimmung unserer Verfassung zurückzuführen. Trotz mannigfacher zum Ausdruck gekommener Gegnerschaft gegen die Regierung, die nichts als ihre Handlungen einzusetzen hatte, ist doch in weiten Kreisen der Bevölkerung, auch in manchen Kreisen der Presse, zum Ausdruck gekommen, daß es dem alten Kabinett gelungen ist, Fortschritte in bezug auf die Beruhigung und die Konsolidierung unserer Verhältnisse zu erzielen. Und es ist bei uns in Baden besonders in den letzten Jahren mehr als anderswo gelungen, die Dinge auf die staatlichen Hauptaufgaben hinzuführen. Es ist gelungen, die Wirtschaft und den einzelnen Menschen auf den Wert der positiven und praktischen Arbeit hinzuweisen. Die Regierung hat versucht, auf diesem Wege die öffentliche Meinung abzulenken von einer schwärmerischen Betrachtungsweise der Dinge, die in so schwerer Zeit einem Staatswesen nicht von Vorteil sein kann. Sie hat versucht, die Wirtschaft und die Politik auf das

Positive und auf das Praktische

hinzuführen und für die Schaffung neuer Werte besorgt zu sein. Auch im Landtag ist es weiter gelungen, eine Versöhnung der Gegensätze herbeizuführen, dadurch herbeizuführen, daß man sich auf dem Boden einer praktischen Zusammenarbeit zu finden suchte.

Meine Damen und Herren! Diese Methode zu ändern, liegt auch für die neue Regierung nicht der geringste Anlaß vor. Die Regierung setzt auch das Vertrauen in die Einsichtigen der Volkserwählten, daß sie ihr auf diesem Wege folgen werden. Bei der Bildung der neuen Regierung hat man es nicht abgelehnt, Stützen auch in anderen Gruppen als in denjenigen zu suchen, die jetzt die Regierung bilden. Wenn es nicht gelungen ist, so wird doch die praktische Politik der Regierung zeigen, daß das, was sie will, nicht lediglich eine parteipolitische Resultante ihrer Zusammensetzung sein wird. Die Regierung will den Versuch machen, Zustimmung auch außerhalb der Kreise der Regierungsparteien zu finden.

Meine Damen und Herren! Die Notwendigkeit einer

staatserhaltenden Politik

ist theoretisch von den weitesten Kreisen in Deutschland als richtig anerkannt. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß eine praktische Betätigung staatserhaltender Politik anders als auf dem Boden der jetzigen Staatsform nicht denkbar ist. (Sehr richtig!) Und in dieser Auffassung gilt es auch für uns, jeglicher Erschütterung dieser Staatsform zuvorzukommen. So betrachten wir es als unsere vornehmste politische Aufgabe, für den Schutz der Republik und ihrer Einrichtungen einzutreten. (Bravo!) Daß eine Notwendigkeit dafür vorhanden sei, die kulturellen Gegensätze aufzurollen, kann von der Regierung nicht anerkannt werden. Sie steht im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß es eine ihrer Aufgaben sei, ihr Möglichstes zu tun, um diese kulturellen Gegensätze zu überbrücken. Zweifellos sind die Interessen des Staates und der Politik nicht auf allen Gebieten gleich. In wirtschaftlichen und kulturellen Fragen bestehen gewisse Differenzen. Vielleicht wäre aus der Reichsverfassung, aus der Landesverfassung mancherlei Anlaß, diese zu erörtern. Die Regierung ist aber der Meinung, daß bei allseitigem Verständnis ein Weg und eine Zeitbestimmung gefunden werden könne, die wenigstens in der Gegenwart schädliche Erschütterungen vermeiden. In der Zwischenzeit darf allerdings der Notlage der kirchlichen und kulturellen Organisationen nicht untätig gegenüber gestanden werden. Sie sind die Hauptträger des moralischen Aufbaues, der für die Zukunft geleistet werden muß. Und so muß der Staat in einer nicht engherzigen Weise in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit dafür sorgen, daß die tätige Arbeit der kirchlichen und kulturellen Organisationen aufrecht erhalten werden kann. Wir sind der Meinung, daß in dieser indirekten Wechselwirkung die beste Möglichkeit für eine Klärung des gegenseitigen Verstehens enthalten ist, und manches, was uns heute als schwer lösbar erscheint, wird dadurch vorbereitet und erleichtert.

Staatspräsident Hummel spricht dann über die Absichten und Pläne der Regierung auf den verschiedenen Gebieten der staatlichen Verwaltung. (Der Bericht darüber befindet sich an anderer Stelle des Blattes. D. R.)

Dann fährt der Staatspräsident fort:

Meine Damen und Herren! Bei allen diesen wichtigen, uns noch bevorstehenden Aufgaben und Arbeiten wird die Regierung und, wie ich hoffe, auch der größte Teil des Landtages sich vor allem leiten lassen durch den Gedanken an die

Erhaltung des Deutschen Reiches.

Dieser Gedanke an die Reichseinheit ist auch der Leitgedanke der badischen Regierung in ihrem Verhältnis zu den übrigen Ländern des Reiches. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß in den letzten Wochen ein Besuch des württembergischen und badischen Staatspräsidenten stattgefunden hat, ein Besuch, der meinerseits erfolgt ist auf Grund einer Einladung, die mir der bayerische Ministerpräsident, Graf Lerchenfeld, hat zugehen lassen. Ueber die Einzelheiten der Gastfreundschaft sind Sie durch die Presse unterrichtet worden. (Heiterkeit.) Die dafür verantwortliche Pressestelle ist in der Abwehr der tendenziösen Deutungen vielleicht etwas zu weit damit gegangen. Die Bedeutung solcher Zusammenkünfte darf aber nicht unterschätzt werden. Das Zusammentreffen hat eine unmittelbare Bekanntschaft der Personen ermöglicht, die an der Führung der Staatsgeschäfte in den süddeutschen Ländern beteiligt sind, eine unmittelbare Bekanntschaft der Personen und auch der Probleme, die zwischen diesen Staaten vorhanden sind. Solche Zusammenkünfte sind dazu geeignet, eine Atmosphäre des gegenseitigen

Vertrauens und Verstehens

zu schaffen, die die Grundlage einer gedeihlichen Zusammenarbeit bilden können. Sie können der Erreichung wechselseitiger Zwecke außerordentlich förderlich sein, und die Münchener Zusammenkunft ist erfolgt in deutlicher

Bekundung zu der Frage der Reichseinheit.

Mehr und mehr wächst in Deutschland die Erkenntnis, daß die Reichseinheit anders als auf der Linie republikanischer Entwicklung nicht aufrecht zu erhalten sei. Die bayerische, die württembergische und die badische Regierung sind vom Geiste der Loyalität gegenüber dem Deutschen Reiche erfüllt. (Bravo!)

Wenn ich von unserer loyalen Gesinnung gegenüber dem Reiche gesprochen habe, so darf ich dabei nicht vergessen, daß auch wir dem Reiche und

der Reichsregierung gegenüber besondere Wünsche

vertreten haben, insbesondere den allgemeinen Wunsch, daß man bei der Vorbereitung wichtiger und bedeutsamer Schritte in rascher und in engerer Fühlung mit den beteiligten Ländern bleiben möge. (Sehr richtig!) Eine Forderung, die wir vielleicht mehr an die nachgeordneten Stellen der Reichsregierung, als an sie unmittelbar zu richten haben. Alle die Tatsachen, von denen ich gesprochen habe, sind auch erneut erhärtet worden durch die Zusammenkunft der präsidierenden Mitglieder der deutschen Regierungen, die dieser Tage in Berlin stattgefunden hat. Auch in dieser Zusammenkunft hat sich eine erfreuliche Einmütigkeit in der Auffassung des Verhältnisses der Länder zum Reich ergeben.

Wenn wir so, von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, das Gefühl einer gewissen Sicherheit in uns haben können, so lesen wir doch hin und wieder in der Presse von Bestrebungen, die einer ruhigen Weiterentwicklung unseres Staatslebens im Wege stehen. Im besonderen sind in der letzten Zeit in der Presse Meldungen veröffentlicht worden über gewisse

monarchische Bestrebungen.

Meine Damen und Herren! Möglicherweise können irgendwo in Deutschland Herde einer gewaltsamen Politik nach dieser Richtung vorhanden sein. Irgendeine Regierung in Deutschland hat mit diesen Dingen nichts zu tun. Die Regierungen Deutschlands sind sich aber in dem Gedanken einig, daß es nicht möglich sein werde, wieder in die Zeit vor dem Jahre 1914 zurückzukommen. Sicherlich sind aber die Regierungen in Deutschland auch einig, daß die deutschen Verhältnisse nie mehr in die Zeiten vor dem Jahre 1871 zurückgeführt werden können, und wenn irgend jemand die Hoffnung hegen sollte, daß etwa Teile von Baden sich an einer solchen Politik beteiligen würden, so darf ich wohl im Namen des Landes sagen, daß diese Hoffnungen im vollen Umfange unberechtigt sind. Wir wollen also nicht erwarten, daß uns in dieser Hinsicht Gefahren erwachsen. Sollten sie aber kommen, so bin ich überzeugt, daß in Süddeutschland und im ganzen Reich eine geschlossene Abwehr mit allen Mitteln vorzufinden sein würde, die uns zur Verfügung stehen.

Die Integrität der Reichseinheit und die Sicherheit der Verfassung ist zugleich ein wichtiges Kapitel unserer

Außenpolitik.

Von der Sicherheit unserer staatsrechtlichen Zustände und der Unversehrtheit der Reichseinheit hängt auch der Kredit der deutschen Wirtschaft im Auslande ab, und der Kredit der deutschen Wirtschaft im Auslande ist die Basis der sich anbahnenden Verständigung unter den ehemals kriegführenden Mächten. Eine Stabilität unserer Verhältnisse wird auch die Reichsregierung unterstützen in dem Ziel ihrer Außenpolitik. Die Vorbedingung einer solchen Politik ist aber unsere ehrliche Anstrengung, die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit zu erreichen. Wir müssen in unserer Außenpolitik bestrebt sein, ein Bild unserer wahren Lage unseren Gegnern zu geben. Es läßt sich nicht leugnen, daß das in den letzten Wochen bis zu einem gewissen Grade gelungen ist, und wenn es gelungen ist, so ist es ein Verdienst der Männer, die trotz aller Verkennung und aller Verleugnung ihre ganze Person für diese Politik eingesetzt haben. Und denen das deutsche Volk deshalb dankbar sein muß. (Bravo!) Wir wissen, daß im Hinblick auf die letzten Schritte in der Außenpolitik stark übertriebene Hoffnungen zum Ausdruck gekommen sind. Meine Damen und Herren, die Reichsregierung hat diese übertriebenen Hoffnungen nicht erweckt. Sie sind vor allem durch die Presse erweckt worden, und man muß sagen, daß sich ein Teil der deutschen Presse leider nicht immer von sachlichen Gründen leiten ließ. Die Regierung warnt auch heute davor, in diesen Dingen einen übertriebenen Optimismus zu hegen. Wenn wir auf diesem Gebiete einen außenpolitischen Erfolg erzielen wollen, so ist es notwendig, daß in den Ländern, mit denen wir in Verhandlungen stehen, eine Umstellung von der Politik der Gewalt zu der Politik ruhiger sachlicher Ueberlegung erfolgt und, meine Damen und Herren, daß es bei einer solchen Umstellung nicht ohne einzelne Rückfälle abgehen wird, das war erwartet und ist auch eingetroffen. Solche Rückfälle sind für die deutsche Politik schmerzlich, weil die Uneinigkeit unter unseren Gegnern für unsere Zwecke nicht förderlich ist, denn diese Uneinigkeit wird immer nur auf unsere Kosten ausgeglichen. Aber wir dürfen doch nicht verkennen, daß die Psychologie des Jahres 1922 bei unseren Gegnern eine ganz andere als die Psychologie des Jahres 1921 ist. Das ist ein Gewinn, den niemand verhehlen darf und ein Gewinn, der uns auch nicht mehr verloren geht, es ist die Furcht des ehrlichen Willens der Reichsregierung und die Frucht ihrer sachlichen Offenheit, die sie insbesondere in den letzten Tagen bei den Verhandlungen zur Schau getragen hat.

Wenn wir im Augenblick zwar in einem kritischen Zeitpunkt unserer außen- und innerpolitischen Lage angelangt sind, so sind wir doch in dem aussichtsreichsten angelangt, der uns seit dem Kriege beschieden worden ist, und in einem solchen Zeitpunkt ist es notwendig, ein einiges Volk zu sein, und notwendig, eine vom allgemeinen Vertrauen getragene Regierung zu besitzen. Das badische Kabinett, meine Damen und Herren, ist in dieser Auffassung geschlossen. Es ist gesonnen, seine Geschäfte im Geiste kultureller, politischer und sozialer Verständigung zu führen, und wenn auch Sie der Meinung sind, daß in diesem Geiste und in seiner Verwirklichung für Reich und für die badische Heimat die Gewähr für eine bessere Zukunft liegt, so bitten wir Sie um Ihr Vertrauen. (Bravo!)

Die badischen Finanzen.

Finanzminister Köhler.

Der Herr Staatspräsident hat Ihnen ein Bild der politischen Lage gezeichnet. Mir obliegt die Aufgabe, Sie in das Gebiet finanzieller Erörterungen einzuführen. Die Grundlage dieser Erörterungen wird der Staatsvoranschlag für die Jahre 1922/23 sein, der Ihnen in den nächsten Tagen zugehen wird. Der Staatsvoranschlag ist zum erstenmal wieder für zwei Jahre aufgestellt. Das badische Land ist wieder zu dem alten Grundsatz der zweijährigen Budgetperiode übergegangen. Es ist uns gelungen, diesen Staatsvoranschlag noch vor Ablauf des Rechnungsjahres herauszubringen. Ich glaube, es besteht deshalb doch einige Aussicht, daß das Finanzgesetz rechtzeitig erlassen werden kann und daß wir ohne Notgesetz durchkommen werden. Das Finanzministerium wird, diese Versicherung möchte ich heute schon abgeben, alles tun, um allzuviel Nachträge in den nächsten zwei Rechnungsjahren zu vermeiden. Wir hoffen dabei auf Ihre Zustimmung. Die Aufstellung des Staatsvoranschlages hat gerade diesmal außerordentliche Schwierigkeiten gemacht, schon rein äußerlich durch die ständig in Fluß befindliche Besoldungsfrage, innerlich deshalb, weil die Sitzungsergebnisse früherer Jahre infolge der Geldentwertung eine Grundlage nicht boten. Dazu kommt, daß für die Hauptfaktoren, die Reichseinkommensteuer und die badische Grund- und Gewerbesteuer noch keine abschließenden Veranlagungen vorliegen, so daß also kaufmännisch gesprochen, eine Kalkulation kaum möglich erscheint. Trotzdem haben wir versucht, der Wirklichkeit möglichst nahe kommende Budgetsätze aufzustellen. Es ist nun nicht meine Absicht, das Hohe Haus mit einer Fülle von Zahlen aus dem neuen Budget zu überschütten. Die Zahlen sind kurz und zusammengedrängt folgende:

Ordentliche Ausgaben für 1922/23 einschließlich des Mehraufwandes für die nachträgliche Aenderung des Ortsklassenverzeichnisses und unter Abrechnung von 1½ Proz. Abzug an den Grundgehältern jährlich 1700,8 Millionen.

Ordentliche Einnahmen 1711,5 Millionen, also Einnahmeüberschuß jährlich 11,2 Millionen und für die zwei Budgetjahre 22,4 Millionen.

Außerordentliche Ausgaben für beide Jahre zusammen 141,6 Millionen.

Außerordentliche Einnahmen 54,7 Millionen. Mehrbetrag der außerordentlichen Ausgaben 86,9 Millionen.

Hierzu aufrecht zu erhaltende Restkredite 23,0 Millionen, zusammen 109,9 Millionen. Abzüglich des Ueberschusses im ordentlichen Etat von 22,4 Millionen ungedeckter Ausgaberest 87,5 Millionen.

Von diesem Fehlbetrag der zwei Jahre sollen gedeckt werden durch die im laufenden Betriebsfonds auf Ende des Rechnungsjahres 1921 vorhandenen Mittel 25,0 Millionen. Ueber die Deckung des Restes von 62,5 Millionen soll erst später Beschluß gefaßt werden, wenn er nicht im Laufe der beiden Rechnungsjahre durch Einnahmeüberschüsse erwirtschaftet werden kann.

Es ist gelungen, im ord. Etat das Gleichgewicht herzustellen.

Der Finanzminister verbreitete sich dann über den neuen Etat. Bei den wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates muß festgestellt werden, daß nicht nur die staatlichen Waldungen mit einer staatlichen Hypothek belastet werden.

Der Minister ging dann auf die staatlichen Unternehmungen ein und auf den Stand der Liquidation der Siedlungs- und Landbank, die in diesem Jahre beendet sein wird und schloß: Die Finanzlage ist außerordentlich ernst. Das Gleichgewicht im ordentlichen Etat ist erreicht.

Unsere Finanzen sind heute gesund

und werden es bleiben, wenn größte Sparsamkeit das Leitmotiv ist und das Reich seinen Verpflichtungen gegenüber den Ländern nachkommt. Es müssen alle Steuermöglichkeiten erschöpft werden. Der Besitz muß entsprechend stark herangezogen werden, doch darf nicht die Freude am Schaffen genommen werden. Zur Frage der „Sachwerterfassung" will die badische Regierung im gegenwärtigen Augenblick keine Stellung nehmen. Vorschuß- und Zuschußwirtschaft wie in den letzten Monaten führt unbedingt zum Ruin der Länder und Gemeinden. Der Sparsinn unseres Volkes ist fast vollständig verloren gegangen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Baden beabsichtigt, nicht eine besondere Landessteuerverwaltung zu errichten. In acht bis zehn Tagen wird die Veranlagung der Einkommensteuer 1920 in Baden beendet sein. Auf dem Gebiete der Steuermoral liegt alles im Argen. In weiten Kreisen unseres Volkes herrscht eine außerordentliche Steuerscheu. Die Finanzverwaltung wird auf strenge, aber auch auf Steuergerechtigkeit schauen.

Baden ist reichstreu, aber wir müssen uns wehren gegen die Ueberorganisation der Reichsstellen. Nach Meinung der badischen Regierung sind die Gehälter der oberen Beamten elastisch genug, um die Stöße der Teuerung aufzufangen. Dagegen müssen die unteren Gehälter erhöht werden. Das Reich hat aber für alle Klassen allgemein die Teuerungszulage um 20 Prozent erhöht. Wegen der Ortsklasseneinstufung und der Besoldungsordnung herrscht eine stetige Unruhe innerhalb der Beamtenschaft. Ob Baden dem Reichsgesetz in allem folgen wird, kann ich heute noch nicht sagen. Es geht aber auf die Dauer nicht an, daß bei den Beamten Tarifpolitik getrieben wird. Auf diesem Wege wird die beamtenmäßige Sicherung und Eigenart nicht gewahrt werden können. Bei der Eisenbahn-Tarifregelung der letzten Zeit wurden die Wünsche und Interessen Badens nicht berücksichtigt.

Die Regierung wird sich die Erhalung der badischen Expreßguttarife angelegen sein lassen. Der Angriff gegen die staatlichen Eisenbahner seitens der Industrie ist erfreulicherweise abgeschlagen worden.

Die Fehlbetragswirtschaft bei der Eisenbahn ist nicht allein auf die Personalausgaben, sondern auf die Ueberforderung seitens der Industrie zurückzuführen. Nötig ist eine Personal- und Betriebsreform und eine Dezentralisierung. Beim Uebergang der

badischen Postverwaltung

an das Reich waren Vereinbarungen getroffen für die Berücksichtigung Badens. Wir machen den Anspruch auf die gleichen Zugeständnisse wie sie das Reich anderen Ländern gewährt hat.

Unser Volk beginnt sich wieder langsam auf sich selbst. Mein Ziel wird immer sein, die Finanzen in Ordnung zu halten. Das Ziel ist bis jetzt gelungen. Ich erbitte mir Ihre Hilfe auch für die Zukunft und zwar von allen Parteien des Landes. Vernichten läßt sich das deutsche Volk nicht. Entweder Wiederaufbau mit Deutschland oder allgemeines Chaos! (Beifall.)

Der Sitzungsbericht.

t. **Karlsruhe**, 24. Jan. Präsident Wittemann eröffnet die Sitzung um 3.55 Uhr und führte u. a. aus:

Wir treten heute in die politische Aussprache. Wir wollen sie halten im Geiste der Versöhnlichkeit. Die Zeit ist ernst in der Außenwelt und noch ernster in dem engeren Deutschland. Aber wir Deutsche geben uns nicht auf. Im engeren Ausschnitt der badischen Heimat wollen wir für das Wohl des Volkes arbeiten. Vorwärts und aufwärts. Und nun wollen wir eine Pflicht der Trauer erfüllen. (Das Haus erhob sich von den Sitzen.) Papst Benedikt XV., der Friedenspapst, ist dahingegangen. Wir Deutsche speziell sind ihm zu Dank verpflichtet für das, was er für den Frieden getan und gewollt hat. Ueberall gedenkt man in Treue und Dankbarkeit dieses Mannes. So wollen wir einen Kranz des Dankes niederlegen an seiner Stätte in Rom. Wäre es nach seinem Streben und Wollen gegangen, so sähe die Welt jetzt anders aus.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und zur Wahl der Mitglieder zum badischen Finanzgericht geschritten. Die Wahl wurde durch Zuruf angenommen. Gegen die Stimmen der drei Kommunisten wurde die Vorschlagsliste angenommen.

Es folgten dann die großen Reden des Staatspräsidenten und des Finanzministers, die wir beide an anderer Stelle des Blattes veröffentlichen.

Dann begann die Aussprache über die Regierungserklärungen. Zunächst ergriff

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) das Wort. Er machte zunächst einige finanzpolitische Bemerkungen über die Personalunion zwischen Finanzminister und Chef des Landesfinanzamtes und sprach Minister Köhler den Dank aus. Mit dem zweijährigen Budget kehren wir wieder zu den alten Traditionen alter badischer Politik zurück. Die Sparsamkeit im Staatsbudget muß anerkannt werden. Der Redner lehnte die Besteuerung der Sachwerte ab. Die Steuermoral kann nur durch die Entmaterialisierung der Volksgesinnung gehoben werden. Der größte Teil der Bewohner Mittelbadens hat nichts zu tun mit den Schwarzbrennern. Meist handelt es sich um Verführte. Wenn es aber so weiter geht, ist das Brennrecht von 46 000 Brennern gefährdet. Der Redner forderte eine endliche großzügige Fürsorge für die Kleinrentner. Ins Ausland muß Wahrheit und Gerechtigkeit über Deutschland dringen. Die Politik unseres Reichskanzlers ist nicht ohne Erfolg geblieben. (Als der Redner auf verschiedene Erziehungsfragen eingeht, wurde er des öfteren von dem Abg. Bock (Komm.) durch Zwischenrufe gestört.) Wir sind der Meinung, führte Abg. Dr. Schofer weiter aus, daß die religiöse Schule das gegebene ist, werden aber an der Simultanschule festhalten, wenn nicht an den Reservaten des Jahres 1876 gerührt wird. Wir haben Besseres zu tun, als Schulkämpfe zu führen. Bei den Bestrebungen des Fortbildungsschulgesetzes müssen die bäuerlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Der Redner wandte sich gegen den Plan eines „Deutschen Gymnasiums". Leider ist heute auch in der Schule das Autoritätsprinzip geschwunden; unsere Professoren müssen zur alten Tradition zurückkehren. Der Redner sprach dann noch über badische Politikfragen und bemerkte, die Wahlzersplitterung dränge die großen politischen Gedanken in den Hintergrund und die Sonderinteressen in den Vordergrund. Die Koalitionsparteien stehen auf dem Standpunkt der Rettung des Vaterlandes. Weder bei uns, noch bei den Sozialdemokraten gibt man deswegen Grundsätze auf.

Um ¾9 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Fortsetzung der Aussprache Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Deutscher Reichstag

158. Sitzung.

t. **Berlin**, 24. Jan.

Die Sitzung wird um 1 Uhr eröffnet. Am Regierungstisch Staatssekretär Schulz.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. **Wulle** (D. Ntl.) verweist auf die große Not Tirols und fordert die Versorgung dieses Landes mit deutscher Kohle.

Von der Regierung wird mitgeteilt, daß man bereits nach Tirol mehr Kohlen geliefert habe, als die Verpflichtungen sind. Wegen unserer Leistungen an die Reparationskommission ist aber eine gewisse Vorsicht geboten.

Abg. Dr. **Roesicke** (D. Ntl.) beschwert sich darüber, daß bei der Gründung einer Gesellschaft zum Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Landwirtschaft völlig einflußlos geblieben ist, während die Nationalbank für Deutschland mit 5 Proz. beteiligt sein soll. Die Regierung läßt erklären, daß die Nationalbank sich bereit gefunden habe, eine A.-G. mit 25 Millionen Kapital zur Uebernahme der ehem. Proviantämter zu gründen. Die Landwirtschaft ist beteiligt. Sie hat mit den übrigen Interessenten die Mehrheit.

Die Aussprache über

das Reichsschulgesetz

wird darauf fortgesetzt.

Abg. **Kunert** (Unabh.) hält den Entwurf für außerordentlich mangelhaft. Die Eltern seien nicht gehört worden. Nur die Geistlichen. Man liefere die Schule an die Kirche aus. Wir werden die Vorlage entschieden bekämpfen. Der Redner beantragt, über den ganzen Entwurf zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. **Weiß** (Dem.): Das Gesetz führt zu den heftigsten Weltanschauungskämpfen. Man hätte deshalb in einer Zeit wie der heutigen auf seine Einbringung lieber verzichten sollen. Durch den Entwurf ist die Bekenntnisschule ganz anders geworden als früher, denn nicht nur der Religionsunterricht, sondern der gesamte Unterricht wird konfessionel sein. Nach dem Kompromiß sollten pädagogische Gesichtspunkte ausschlaggebend sein. Der Staatssekretär Schulz aber versteift sich auf politische Gesichtspunkte. Die Simultanschule lobt man jetzt nur deshalb, weil man um so mehr die Gemeinschaftsschule bekämpfen will. Allerdings gefällt mir die Gemeinschaftsschule auch nicht, wie sie in dem Entwurf niedergelegt ist. Der Religionsunterricht hat einen bedeutenden erzieherischen Wert, aber doch nicht er allein. Wir Demokraten unterstützen gerne alle Bestrebungen, dem Willen der Eltern eine Mitwirkung zu ermöglichen.

Staatssekretär Schulz:

Die Regierung hat den Entwurf schon im Mai v. J. vorgelegt. Bei diesem Gesetz hat der Politiker allerdings in erster Linie zu sprechen. Er muß aber auch den Schulmann hören. Die Wünsche der äußersten Linken habe ich ebenso gewissenhaft entgegengenommen wie die der übrigen Parteien.

Frau **Lang-Brumann** (B. Volksp.) erklärt, daß sie die Vorlage ablehnen müsse, schon weil die Bekenntnisschule hinter der Gemeinschaftsschule zurückgesetzt werde. Die Gemeinschaftsschule sehe aber der weltlichen Schule zum Verwechseln ähnlich. Das kommende Schulgesetz darf nur ein Rahmengesetz sein, das den Ländern die Möglichkeit gibt, diesen Rahmen nach ihren Bedürfnissen zu erweitern.

Abg. **Hoffmann** (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Rechte, die den Abg. Laverrenz (D. Ntl.) zu dem Zuruf veranlassen: Uns wollen Sie an die Laterne hängen! Abg. Hoffmann fortfahrend: Für Sie ist ein Strick viel zu schade! (Ordnungsruf.) Wenn wir einmal zur Herrschaft gelangen, werden wir Ihnen das Arbeiten beibringen. Das wird Ihre Strafe sein.

Damit schließt die erste Lesung. Die Vorlage geht an den Bildungsausschuß.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Interpellation Hergt über den Wagenmangel.

Die Steuerkrise.

Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien?

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die Tatsache, daß nur noch vier Tage uns von dem Termin trennen, an dem der Haushaltsplan des Reiches mit den Grundlinien der Steuergesetzgebung der Entente vorgelegt werden muß, sowie die Tatsache, daß die Erklärung des Reichskanzlers vorliegt, er werde in der Vollsitzung des Reichstages am Donnerstag zurücktreten, wenn bis dahin nicht ein annehmbares Kompromiß geschaffen sei, trieben die Dienstags-Verhandlungen der Reichstagsfraktionen immer mehr einer krisenhaften Stimmung zu. So scharf auch die Gegensätze noch zu tage traten, so kann doch gesagt werden, daß alle Parteien von den Deutsch-Nationalen bis zu den Unabhängigen einen Rücktritt der Reichsregierung in diesem Augenblick für ein außenpolitisches Unheil halten, das vermieden werden muß. In diesem Sinne waren überall Kräfte tätig, um Annäherungen zu bewerkstelligen. Am untätigsten verhielt sich die Sozialdemokratie, so daß der Reichskanzler Dienstag mittag die Situation für ernst, ja für kritisch erklärte, da die S. P. D. alle Vorschläge, die ihr von bürgerlicher Seite gemacht wurden, ablehnte. Dienstag nachmittag fand eine interfraktionelle Besprechung statt, in der die Deutsche Volkspartei u. a. durch die Abgeordneten Dr. Becker und Dr. Curtius, die Demokraten u. a. durch den Fraktionsvorsitzenden, Senator Petersen, vertreten war. In dieser Besprechung, der auch der Reichskanzler beiwohnte, bestanden die Sozialdemokraten darauf, daß die „besitzenden Klassen ein weithin sichtbares Opfer" bringen müßten, ehe die Sozialdemokratie sich zu Zugeständnissen bereit erklären könnte. Dr. Wirth griff selbst zu vermittelnden, aber erfolglosen Vorschlägen das Wort. Das Resultat dieser Aussprache war der Beschluß der bürgerlichen Fraktionen, Mittwoch früh zu einer gemeinsamen Beratung zusammenzutreten, um sich darüber schlüssig zu werden, ob und in welcher Form ein derartiges Opfer aufzubringen wäre, und wie weit man der Sozialdemokratie entgegenkommen könne. Es ist klar, daß das dann das letzte Angebot der bürgerlichen Parteien sein wird. Die volle Wucht der Verantwortung liegt dann bei den Sozialdemokraten.

Noske'schen Offenheiten.

t. **Harburg**, 24. Jan. Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Noske, hielt auf einer Kreisversammlung der sozialistischen Partei eine Rede, in der er sich u. a. folgendermaßen äußerte: Man dürfe sich nicht über die Größe der sozialistischen internationalen Beziehungen täuschen. Bis zu einer sozialistischen Bewegung im Auslande sei noch ein weiter Weg. Auf allen Abrüstungsversammlungen in Washington sei nichts herausgekommen. Man dürfe in Deutschland nicht auf den Gegensatz zwischen Frankreich und England bauen. Das Zusammenarbeiten der Sozialdemokraten mit dem Zentrum sei genau so schlimm wie mit der Deutschen Volkspartei, denn es drohe eine Katholisierung der Aemter. Jetzt heiße es einfach, alle sozialistischen Bestrebungen zurückzustellen, solange die akademische Jugend nicht gewonnen sei. Die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler sei schon bedeutend überschritten, und es sei falsch zu glauben, daß die Besitzenden nichts tragen. Zu einer Reichstagsauflösung zu treiben, sei gefährlich, denn die Radikalen würden gelb werden. Die Demokraten würden zertrümmert und die Rechtsparteien hätten den Vorteil. Die Kreiskonferenz beschloß mit allen gegen 4 Stimmen, für die kommenden Reichstagswahlen als Spitzenkandidaten Noske auf die Landesliste zu setzen.

Ein Ultimatum der Eisenbahner an Hermes.

b. **Berlin**, 24. Jan. Heute ist der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter in Berlin zusammengetreten. Die Stimmung unter den Beamten in Berlin hat sich in den letzten Tagen unverkennbar verschärft. Es verlautet, daß die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner dem Minister Hermes eine befristete Resolution überreichen will, in dem er ersucht wird, die Vertreter der Gewerkschaften zu ordnungsmäßigen Verhandlungen über die Gehaltsfrage der Beamten zu laden. Nicht nur die Eisenbahner, sondern auch die Postbeamten sind zu Besprechungen zusammengetreten. Jedenfalls kann gesagt werden, daß wieder einmal eine gefährliche Krisenstimmung in der Beamtenschaft Platz gegriffen hat.

Amerikas Bedingungen.

w. London, 24. Jan. **Die Sektion der Vereinigten Staaten, der interamerikanischen Oberkommission, deren Vorsitzender Hoover ist, hat einen Bericht veröffentlicht, in dem es heißt:**

Bevor ein endgültiger Fortschritt in der Richtung einer dauernden wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas oder der Welt erhofft werden kann, müssen zwei Hauptprobleme gelöst werden,

1. Die Neuregelung der deutschen Reparationen auf einer Grundlage der praktischen Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes und

2. die Verminderung der von gewissen Nationen auf dem europäischen Kontinent noch aufrechterhaltenen bewaffneten Streitkräfte.

Einer Reutermeldung zufolge berichten „Neuyork Times", daß die Veröffentlichung des erwähnten Berichtes im gegenwärtigen Zeitpunkt großes Interesse erregt im Zusammenhang mit den Vermutungen über die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der internationalen Wirtschaftskonferenz von Genua. Es verlautet, daß die amerikanische Regierung bestrebt sei, bevor sie eine Entscheidung treffe, zu erfahren, ob eine Neuregelung der deutschen Reparationen stattfinden werde, ebenfalls ob die Frage der Herabsetzungen der Landrüstungen zwecks Verbesserung der finanziellen Lage gewisser europäischer Nationen, insbesondere Frankreich, in Erwägung gezogen werden.

Theater und Musik

Arthur Nikisch †.

Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist dort Geh. Hofrat Professor Arthur Nikisch, einer unserer größten Dirigenten, gestorben. Nikisch war seit einiger Zeit an Grippe erkrankt, doch war bereits wieder eine Besserung in seinem Befinden eingetreten, die seine völlige Genesung erhoffen ließ; nun hat der Tod diesem reichen Künstlerleben ein Ende gesetzt. Arthur Nikisch, der ein Alter von 66 Jahren erreicht hat, war in Lebeny Szent Miklos in Ungarn geboren. Seine Studien begann er am Wiener Konservatorium, wo er schon als Dreizehnjähriger die Goldene Medaille für Komposition, ferner einen ersten Preis als Geiger und einen zweiten als Pianist errang. Seine erste Dirigentenstellung erhielt Nikisch am Leipziger Stadttheater. Im Jahre 1889 war Nikisch Dirigent der Sinfoniekonzerte in Boston, späterhin wirkte er als Operndirektor in Pest. Im Jahre 1895 begann Nikisch's Tätigkeit als Leiter der Leipziger Gewandhauskonzerte. Was er dort, was er auf seinen Gastspielen im In- und Ausland geleistet hat, läßt sich nicht in wenigen Worten sagen. Dieser geniale, leidenschaftliche Meister des Taktstockes faszinierte überall gleichermaßen die unter ihm spielenden Musiker wie das seinen Offenbarungen lauschende Publikum. Auch in Karlsruhe hatte man mehrfach Gelegenheit, Nikischs einzigartige Kunst des Dirigierens zu bewundern.

*

Mitteilung des Landestheaters. Als nächste Erstaufführung geht am Freitag, den 27. Januar im Landestheater das dreiaktige Lustspiel „Freund Heißsporn" von Emil Gött als „Volksbühne"-Vorstellung in Szene. Mit diesem Jugendwerk werden sämtliche dramatische Dichtungen Götts in Karlsruhe zur Aufführung gelangt sein. — „Anna Boleyn", das dreiaktige Schauspiel von Emil Bernhard, wird am Samstag, den 28. Januar zum erstenmal wiederholt. Im Konzerthaus findet am Sonntag, den 29. Januar die neunte Aufführung des Lustspiels „Börsenfieber" statt. — In Vorbereitung befinden sich das Kammerspiel „Legende eines Lebens" von Stefan Zweig und das Legendenspiel „Die St. Jakobsfahrt" von Dietzenschmied.

5. Sinfoniekonzert des Landestheaterorchesters. Von der Intendanz des Bad. Landestheaters wird uns geschrieben: Die Aufführung der für das 5. Sinfoniekonzert am Montag, den 30. ds. Mts. vorgesehenen „Alpensinfonie" von Richard Strauß bietet derzeit unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Kosten für die große Zahl der notwendigen Verstärkungsmusiker sind infolge der seit der Aufstellung des Programms eingetretenen Steigerung der tariflichen Vergütung dieser Musiker so hoch, daß sie für das Landestheater unerschwinglich geworden sind. Deshalb muß leider von diesem Programm abgesehen werden. Um eine einheitliche musikalische Leitung sämtlicher Sinfoniekonzerte durch Herrn Operndirektor Cortolezis zu sichern, muß das 5. Konzert auf Montag, den 20. Februar verlegt werden; das Programm dafür wird noch bekannt gegeben werden. Die zahlreichen Wünsche aus den Kreisen der Konzertbesucher nach einem Beethoven-Abend werden anläßlich des für die Unterstützungskasse des Landestheaterorchesters geplanten Sonderkonzertes erfüllt werden. Dieser Sonderveranstaltung wurde die Aufführung weiterer Werke Beethovens, der bis jetzt mit einer zweimaligen Aufführung der „Missa solemnis" im diesjährigen Winterprogramm vertreten war, vorbehalten.

Das Wendling-Quartett, die in Karlsruhe rühmlichst eingeführte Kammermusik-Vereinigung, zu deren Lob nichts mehr zuzufügen ist, brachte im vierten der von der Direktion Neufeldt veranstalteten Zyklukskonzerte am Montag abend im Eintrachtsaal vor allem ein eigenartiges und von lichter Schönheit erstrahlendes Programm. Es war ausschließlich Mozart gewidmet, der Welt, in deren Wesen wir ganz versinken, untertauchen wie in ein labendes Heilbad der Seele, dem wir entsteigen unbeschwert und voller Allseligkeit, von der diese Töne reden, die Stimmen, die in überweltlichem Reigen unlösbar miteinander verschlungen sind. Es waren drei Streichquintette (mit je doppelter Viola-Besetzung), die aufs Dankenswerteste einmal wieder in solch ausgiebiger Folge einem größeren Hörerkreis geboten wurden. Der 165. Geburtstag (am 27. Januar) ihres Schöpfers, wurde damit gefeiert, nicht nur in dieser sinnigen Form, sondern auch eine mustergültige Vermittlung und Ausführung bedeutete eine Huldigung, wie sie erhebender kaum gedacht werden kann. Es liegt m. E. in dem Spiel der Stuttgarter vorwiegend die Tendenz, lineare Strukturklarheit hervorzuheben, die der Polyphonie von Mozarts Quartettspiel mit ihrer manchmal an instrumentale Farbcharakteristik grenzenden Individualisierung sehr zustatten kommt. Andererseits pflegt die Vereinigung eine diskrete Zurückhaltung, ein Maßhalten im Rhythmischen und in den Einzelheiten des Dynamischen, die vielleicht der Geistesart nicht jeder Schöpfernatur bis zuletzt entgegenkommt, doch hier bei Mozart ganz am Platze war. Ist sie in sich motiviert, gerechtfertigt durch eine tadellose technische Arbeit und Vollendetheit des Zusammenwirkens wie hier, dann ist jede Auffassung zu billigen und als Genuß hinzunehmen. Die drei köstlichen Streichquintette (in D-Dur, G-Moll, Es-Dur) wurden denn auch mit lebhaftestem Beifall aufgenommen; namentlich schien das Prachtwerk in G-Moll eingeschlagen zu haben, das vielleicht das wertvollste der drei war (man denke an den leidenschaftlichen ersten Satz, der an Beethoven gemahnt, und ans Adagio, das dem Menuett hier folgt). Die fünf Künstler (Wendling, Michaelis, Neeter, Saal und Köhler als zweiter Bratschist) wurden von dem außerordentlich zahlreichen Publikum aufs Schmeichelhafteste ausgezeichnet und viele Male gerufen. ch.

Kunst und Wissenschaft

Personalien. Wie wir hören, ist zum Nachfolger des Geh. Rats Prof. Dr. Max Delbrück auf dem Lehrstuhl der technischen Chemie an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule der Direktor des Instituts für Gärungsgewerbe und Stärkefabrikation in Berlin, Professor Dr. Friedrich Hayduck, berufen worden. Dr. Hayduck, ein geborener Westpreuße (geb. 1880 zu Marienburg), der erst kürzlich zum Direktor des Instituts für Gärungsgewerbe ernannt wurde, war lange Jahre als Abteilungsvorsteher ebenda tätig. — Der Bibliothekar an der Universität zu Tübingen, Dr. Hermann Haering, ist zum Oberbibliothekar daselbst ernannt worden. Der aus Stuttgart gebürtige Historiker war früher langjähriger wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Generallandesarchiv in Karlsruhe. — Als Privatdozent für Chirurgie ist in der medizinischen Fakultät der Universität Erlangen, Dr. Willy Haaß, Assistent an der chirurgischen Klinik, zugelassen worden. — Zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls der Mineralogie und Petrographie an der Universität Greifswald (an Stelle des Prof. R. Nacken) ist ein Ruf an den a. o. Professor an der Hamburgischen Universität, Dr. Rudolf Groß, ergangen. — Für den an der Göttinger Universität neuerrichteten Lehrstuhl der Pädagogik ist der o. Professor ebenda, Dr. Hermann Nohl, ausersehen. — Die an der Berliner Universität neuerrichtete Professur für „Geschichte der Parteien" ist dem Historiker Dr. phil. Gustav Mayer in Berlin-Lankwitz, angeboten worden. Dr. Mayer, der bereits einen Lehrauftrag für Geschichte der Sozialdemokratie an der Universität Berlin hat, veröffentlichte eine lange Reihe von Arbeiten besonders zur Geschichte der politischen Parteien namentlich der Sozialdemokratie und des Sozialismus.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Verwaltungspläne.

Aus der Rede des Staatspräsidenten Hummel.

Ueber die von der badischen Regierung zunächst geplanten Maßnahmen führte Staatspräsident Hummel in der Dienstag-Sitzung des Landtages folgendes aus:

Auf dem

Gebiet des Kultus

wird dem Landtag ein Gesetzentwurf zugehen über Aenderung der Kirchensteuergesetze. Ferner wird die Frage der Bereitstellung von staatlichen Mitteln an die staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften zur Angleichung der ungenügenden Einkommen der Geistlichen an die Besoldungen der Beamten geprüft werden.

Auf dem

Gebiet der Schule

wird zunächst das Fortbildungsschulgesetz Gegenstand der Erörterung sein müssen.

Die historisch begründete starke Belastung des badischen Staats mit 3 Hochschulen wird auch in der Zukunft getragen werden müssen. Es ist bisher, dank des Verständnisses und der Opferfreudigkeit des Landes, erfreulicherweise gelungen, sowohl die Universitäten Heidelberg und Freiburg als auch die Technische Hochschule Karlsruhe auf einer der Tradition entsprechenden Höhe zu halten. Es muß mit Umsicht, zugleich aber mit sparsamem Abwägen der Bedürfnisse, dafür gesorgt werden, daß unsere Hochschulen auch künftig der Aufgabe, an der Erhaltung und dem Ausbau unserer Kultur tatkräftig zu arbeiten, gewachsen bleiben. Eine besondere Sorge muß es bleiben, in den heutigen schwierigen Zeiten den Nachwuchs für die akademische Laufbahn zu sichern. Tüchtige Anwärter für diese Laufbahn zu fördern, ist eine wichtige Staatsaufgabe.

Die soziale Fürsorge für die Studierenden und die Sorge für die körperliche Ertüchtigung der Studierenden hat angesichts der Zeitlage an Bedeutung erheblich gewonnen. Die Einrichtung der akademischen Kostküche hat sich trefflich bewährt und verspricht auch für die Zukunft wertvolle Hilfe. Turnen und Sport finden bei den Studierenden lebhaftes Interesse. Die Regierung ist bestrebt, durch Bereitstellung von Turn- und Sportplätzen und von Turnhallen sowie durch geeignete Lehrgänge fördernd zu wirken.

Von wichtigen Universitätsbauten gehen die Medizinische Klinik und die Orthopädische Anstalt in Heidelberg ihrer Vollendung entgegen. Auch die durch die Fliegerbomben zerstörte Freiburger Anatomie soll im Herbste ds. Js. den Abschluß ihrer Erneuerung erfahren.

Die eingeleitete Vereinfachung des Betriebes der

öffentlichen Sammlungen

sowie die Erhöhung ihres Nutzwertes für die Allgemeinheit wird eine wichtige Aufgabe der Kunstverwaltung bleiben. Die Kunsterziehungs-Anstalten werden den Aufgaben wirtschaftlicher Bedeutung, die aus ihrer Notwendigkeit für die deutsche Veredelungsindustrie erwachsen, weiter angepaßt werden. Die Erhaltung kulturtragender Unternehmen, die Förderung wissenschaftlicher Arbeiten sowie die Unterstützung und Heranbildung des Nachwuchses der Führer auf allen Gebieten Deutscher und Badischer Kultur wird gerade bei der Ungunst der Zeiten zu einer der bedeutsamsten ethischen Pflichten einer weitschauenden Aufbaupolitik des Staates.

Das Schulgesetz vom 7. Juli 1910 muß vor allem infolge der vom Landtag beschlossenen Neuordnung der Beitragsverhältnisse von Staat und Gemeinde zum Aufwand der Volksschulen, eine durchgreifende Umarbeitung erfahren. Die Vorbildung der Volksschullehrer muß im Einklang mit den Absichten aller deutschen Länder den Bestimmungen der Reichsverfassung angepaßt werden.

Der Rechtsordnung

allgemeine Anerkennung zu verschaffen, den geordneten Gang der Rechtspflege sicherzustellen, erachtet die Regierung als ihre ernste Pflicht. Die Justizverwaltung muß auf die allseitige Mitarbeit rechnen in den Anstrengungen, das Vertrauen zwischen Bevölkerung und Justiz zu erhalten, insoweit es Beeinträchtigung erfahren hat, um dem Staat den Halt zu geben, dessen er in der Zeit gewaltigster Aufgaben bedarf.

Unbedingte Rechtlichkeit, Unparteilichkeit und Sachlichkeit haben den badischen Richter und Justizbeamten immer ausgezeichnet; sie haben hervorragend beigetragen, das badische Volk vor schweren Erschütterungen auch in den letzten drei Jahren zu bewahren.

Die Regierung wird die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt achten und schützen. Für die Strafrechtspflege erstreben wir die erweiterte

Heranziehung von Laienrichtern;

außerdem die Zulassung der Frau zum Laienrichterdienst als Schöffe und Geschworene. Soviel immer an ihr liegt, wird die Regierung auf eine rasche Erledigung der durch Wissenschaft, Praxis und Verwaltung längst vorbereiteten Reform des Strafrechts, des Straf- und Zivilprozesses sowie die Aenderung der Gerichtsverfassung hinarbeiten.

Als einen Teil der erstrebten

Reform in Strafsachen

hat die Regierung das Reichsgesetz vom 16. Dezember 1921 zur erweiterten Anwendung der Geldstrafen und Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen lebhaft begrüßt; es erscheint auch weiterhin Novellengesetzgebung für die als besonders reformbedürftig erkannten Materien erwünscht, sofern auf die Gesamtreform im Strafrecht und Strafprozeß noch länger zu warten ist. Das erwähnte Reichsgesetz vom 16. Dezember 1921 wird für Baden die erwünschten Nebenwirkungen haben, daß es die Gefängnis-Raumnot beseitigt und der Sorge um kostspielige Gefängnisbauten für absehbare Zeit enthebt, auch die Begnadigungsinstanz entlastet.

Das Gesetz betr. die Gerichts- und Notarskosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit soll weiter den veränderten Geldwertsverhältnissen angepaßt werden. Zusammenhängend damit sollen die Bezüge der Ortsrichter und Schätzer eine angemessene Verbesserung erfahren.

Einige strafrechtliche Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Februar 1879, das Forststrafrecht und Forststrafverfahren betr. sind infolge der so weitgehend veränderten Holz- bezw. Geldwertsverhältnisse unhaltbar geworden. Ein Gesetzesvorschlag ist im Justizministerium in Bearbeitung.

Auf dem Gebiet der inneren Verwaltung erfordert die am 1. April 1922 in Kraft tretende

neue Gemeindeordnung

Neuregelung der Bestimmungen über die Rechte der Gemeindebürger und über die Erwerbung der Bürgerrechte; hierzu wird dem Landtag eine Neufassung der Bürgerrechtsgesetze zugehen. Der Vollzug der Gemeindeordnung erfordert auch eine gesetzliche Reform der Zuständigkeit der Ortspolizei und der Verteilung der Polizeikosten zwischen Staat und Gemeinden.

Die Lage der öffentlichen Sparkassen wie auch die Bedürfnisse der auf den Geschäftsverkehr mit den Sparkassen angewiesenen Bevölkerungsteile verlangen dringend, daß den Sparkassen unter Wahrung der Forderung unbedingter Sicherheit die Möglichkeit zur freien Betätigung gegeben wird; dies soll durch eine Novelle zum Sparkassengesetz geschehen.

Besondre Fürsorge und Aufmerksamkeit der Regierung wird die finanzielle Lage der Gemeinden erfordern, deren Ausgaben durch die Entwertung des Geldes und Zuweisung zahlreicher neuer Aufgaben noch anwachsen, während ihnen durch die Reichsgesetzgebung die Steuerhoheit in weitem Umfang entzogen wurde. Bei der bevorstehenden Aenderung des Landessteuergesetzes wird darauf Rücksicht genommen werden müssen.

Zu prüfen war von der Regierung weiterhin die Frage einer

Reform des Verwaltungsgesetzes.

Die Regierung hat sich entschlossen, hierfür einen geeigneteren Zeitpunkt abzuwarten; es sollen aber die Bestimmungen des Verwaltungsgesetzes über die Kreisverbände reformiert werden, dergestalt, daß die Geschäftsordnung modernisiert, die Zuständigkeiten den Zeitverhältnissen angepaßt und eine bessere Abgrenzung der Kreise nach der Struktur der Wirtschaftsgebiete des Landes erfolgen soll. Eine Gesetzesvorlage hierüber wird dem Landtag zugehen.

Hinsichtlich der Erzielung möglichst ausgedehnter

Sicherheitsverhältnisse

im Lande wird die Regierung in der Durchführung der in jüngster Zeit getroffenen Maßnahmen fortfahren. Dies gilt auch auf dem Gebiet der Bekämpfung des Verarbeitens hochwertiger Nahrungsmittel zu Branntwein, wie zur Bekämpfung eines unlegalen Grenzverkehrs an der badisch-schweizerischen Grenze.

Die Fürsorge für die Geisteskranken macht den Ausbau mehrerer im Rohbau bereits fertiger Krankenhäuse der Anstalt bei Konstanz erforderlich. In allen Anstalten des Landes, vor allem aber in Wiesloch und der Irrenanstalt bei Konstanz, herrscht große Wohnungsnot für die Beamten und Arbeiter, welche durch den Bau von Anstaltswohnungen bekämpft werden soll. In dem dem Landtag vorgelegten neuen Budget findet sich auch eine Anforderung für den Ausbau der bei Kriegsausbruch bereits im Rohbau erstellten Kirche in der Anstalt Wiesloch.

Eine zum Teil auf lange Sicht eingestellte Reformarbeit muß für die

Gebäudeversicherungsanstalt

in die Wege geleitet werden. Dringend erforderlich ist hierbei die Schaffung der Möglichkeit, den in einem Jahr anfallenden Aufwand dieser Anstalt auf einen längeren als den in § 57 des Gebäudeversicherungsgesetzes vorgesehenen Zeitraum zu verteilen. Die zahlreichen Brände im letzten Sommer und das Oppauer Explosionsunglück haben viele Besitzer sogenannter gefahrenloser Gebäude über alle Maßen steuerlich belastet. Aus diesen Gründen muß eine Vereinfachung des Verfahrens angestrebt werden. Zur Zeit sind Erwägungen darüber im Gange, ob nicht die gesamte Grundlage des Gebäudeversicherungsgesetzes geändert und Gefahrenklassen eingeführt werden sollen. Die hier in Frage stehende gesetzgeberische Reformarbeit wird nach der gegebenen Sachlage etappenweise zu erfolgen haben.

Die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten ist im Reich über das Stadium der Vorberatungen noch nicht hinausgelangt. Als Unterbau für die Bezirkswirtschaftsräte kommen die Standeskammern in Betracht, zu welchen auch die Verbraucherkammern gehören; für welch letztere die gesetzliche Anerkennung angestrebt werden wird. Mit besonderem Nachdruck wird die Regierung die

Interessen der Gewerbe

des Landes bei der Vergebung von Reichsaufträgen durch Schaffung einer Uebersichts- und Ausgleichsstelle zu wahren suchen. Dem Karlsruher Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk, welches mit einer Reichsbeihilfe von 150 000 Mk. bedacht wurde, will die Regierung durch den Landtag eine Zuwendung von 50 000 Mk. gemacht haben. Zur Förderung der Teilnahme des badischen Handwerks an der deutschen Gewerbeschau in München im laufenden Jahr sind 100 000 Mk. als Zuschuß in den Voranschlag eingestellt.

Auf dem Gebiet der

Ausbildung der Beamten

des mittleren Dienstes der inneren Verwaltung wird die Regierung die im Jahre 1892 eingeführte besondere Prüfung der Amtsrevidenten wieder aufheben und die Ausbildung und Prüfung aller Beamten des mittleren Dienstes der inneren Verwaltung einheitlich regeln.

Auf dem Gebiet der

Ernährungspolitik

bleibt der Regierung im wesentlichen die Aufgabe, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Um eine möglichst ausgiebige und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Zucker sicherzustellen, ist mit den in Frage kommenden Zuckerfabriken ins Benehmen getreten worden und wird dem Verbrennen von Zucker zu Schnaps auch weiterhin nachdrücklichst entgegengewirkt werden.

Für die Abdeckung der während des Krieges aus der Einfuhr von Milch und Vieh aus der Schweiz entstandenen

Valutaschulden

wird die Regierung im Benehmen mit der Reichsregierung mit den Schweizer Gläubigern und Gläubigerbanken ein Abkommen zu treffen versuchen, laut welchem ein geringer Teil der Schuld à conto der verschuldeten Gemeinden, Züchtergenossenschaften und Züchter heimgezahlt und der größere restliche Teil noch auf mehrere Jahre gestundet wird. Milch und Zuchtvieh so wie vor dem Krieg aus der Schweiz nach Baden einzuführen, ist auf viele Jahre hinaus nicht mehr möglich. Es muß deshalb der Wiederaufbau der heimischen Zucht mit allem Nachdruck weiter gefördert werden; das soll geschehen durch Heranziehung der genossenschaftlichen Einrichtungen zur Mitwirkung bei der staatlichen Pflege der Tierzucht, wobei die Anforderungen auf Milch- und Fleischversorgung gleich stark in Rechnung gestellt werden. Zwei Gesetzentwürfe über die Abänderung einzelner Bestimmungen des Viehseuchenentschädigungsgesetzes und des Viehversicherungsgesetzes werden dem Landtag in Bälde zugehen.

Die Berufsberatung und

Ausbildung der Landwirte

wird entsprechend dem bereits im Jahre 1920 aufgenommenen Programm weiter gefördert werden. Zu den bereits vor dem Krieg bestandenen 43 landwirtschaftlichen Winterschulen sind im Verlauf der letzten zwei Jahre 7 neue Schulen angegliedert worden; im neuen Budget sind die Mittel für 5 weitere landwirtschaftliche Schulen angefordert. Die Ackerbauschule Hochburg geht mit dem 1. Februar 1922 in den Staatsbetrieb über. Mit erheblicher geldlicher Unterstützung der Reichsregierung und mit technischer Unterstützung der Landwirtschaftskammer, zu deren Zuständigkeit die Förderung des Getreidebaues gehört, wird der rationellen Verwendung der Kunstdünger Aufmerksamkeit geschenkt werden. Weiter ausgebaut wird auch das Weinbauinstitut und zwar insbesondere auf dem Gebiet der Rebenzüchtung. Für den Ausbau des staatlichen Pflanzenschutzdienstes werden im Budget entsprechende Mittel angefordert.

In der

Sozialpolitik

wird die Neuordnung des gesamten Arbeiterrechtes eine der wichtigsten Aufgaben des Reichs und der Länder bilden. Die beständige Sorge vor der Gefahr wieder eintretender Arbeitslosigkeit gebietet die weitere Ausbildung der Arbeitsvermittlung, die Einführung einer wirksamen Berufsberatung, Umschulung zu gut beschäftigten Berufen und Bereitstellung passender Notstandsarbeiten produktiver Art, insbesondere Kulturverbesserungen, Wohnungsbauten, Wegebauten, Kanalarbeiten.

Die Arbeiten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind noch stets im Anwachsen begriffen. Die Schwerbeschädigtenfürsorge wird weiter ausgebaut. Die Uebernahme weiterer bisher städtischer amtlicher Fürsorgestellen auf den Staat hat sich als unumgänglich herausgestellt.

Durch das Sinken des Geldwertes ist die Not der

Sozialrentner und der Kleinrentner

überaus drückend geworden. Das neu erlassene Reichsgesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung ist in seiner Durchführung begriffen. Für die Kleinrentnerfürsorge sollen zu den vom Reich neuerdings bereitgestellten Mitteln erhebliche Landesbeiträge angefordert werden. Fortführung der Quäkerspeisungen und der Fürsorge für erholungsbedürftige Kinder verbunden mit Erziehungsfürsorge sind angesichts des gesundheitlichen Zustandes unserer Kinder dringend notwendig.

Es wird immer mehr die Verbindung der ärztlichen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Fürsorge und die Zusammenfassung der verschiedenen Fürsorgezweige zu einer geeinten

Familienfürsorge

zu erstreben sein.

Die Wohnungsnot

im Lande ist trotz der von Reich, Staat und Gemeinden ergriffenen Maßnahmen noch nicht beseitigt. Der Regierung ist bekannt, daß zahlreiche Volksgenossen noch durchaus ungenügend und unwürdig untergebracht sind. Sie wird deshalb mit aller Energie die Beseitigung der vorhandenen Mißstände erstreben, und mit allen Mitteln die Wohnungsnot bekämpfen.

Die Maßnahmen zum Schutz der Mieter sollen im Rahmen der bestehenden und der zu erwartenden Gesetze und Verordnungen des Reiches weiter durchgeführt und ausgebaut werden. Der vorhandene Wohnraum soll zur Unterbringung Wohnungsloser auch fernerhin möglichst weitgehend herangezogen werden.

Vor allem aber wird der Neubau von Wohnungen nach den bisherigen Grundsätzen durch die Gewährung von Baukostenbeihilfen des Landes, der Wohnungsverbände und der Gemeinden mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Hierbei sollen die wirtschaftlichen schwachen Volkskreise, insbesondere kriegsbeschädigte Kriegsteilnehmer und die Familien der im Kriege Gefallenen eine besondere Berücksichtigung erfahren. Auch wird die Erstellung von Wohnungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter des badischen Staates in gebührender Weise durch Gewährung besonderer Zuschüsse unterstützt werden.

Für die Gewährung der Baukostenbeihilfen hat der Reichstag im vergangenen Sommer die Erhebung einer besonderen Wohnungsabgabe beschlossen. Die Erhebung und Veranlagung dieser Abgabe ist nach den Beschlüssen des letzten Landtags eingeleitet, und die neugegründeten Wohnungsverbände haben in allen Bezirken ihre Arbeit aufgenommen. Die aus dem beschlossenen Wohnungsabgabegesetz zu erwartenden Mittel werden jedoch zur Beseitigung der bestehenden Wohnungsnot noch nicht genügen; das Reich hat deshalb einen Ausbau des Wohnungsabgabegesetzes, vor allem eine erhebliche Erhöhung des Abgabegesetzes in Aussicht genommen. Die Regierung wird dem Landtag nach Erlassung des Reichsgesetzes die zu seiner Durchführung notwendigen weiteren Vorschläge unterbreiten und hofft, daß sie die Zustimmung des Landtages finden werden.

Das ländliche Siedlungswesen

und die Hebung der Landeskultur bedürfen auch weiterhin der besonderen Förderung der Regierung. In zahlreichen Gegenden des Landes sind größere Unternehmungen in Vorbereitung oder schon in Durchführung begriffen, um versumpfte Gelände durch zweckmäßige Entwässerung und Bewässerung auf eine höhere Produktionskraft zu bringen. Eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung soll auch durch Ausstockung einzelner Waldteile und durch bessere Bewirtschaftung abgelegener landwirtschaftlicher Grundstücke erstrebt werden.

Auf dem Gebiet der

Elektrizitätsversorgung

des Landes ist das Bestreben der Regierung, wie bisher, auf die Herbeiführung einer planmäßigen Kraftwirtschaft gerichtet. Der Ausbau der Wasserkräfte des Landes wird zurzeit sowohl von öffentlicher wie von privater Seite besonders stark betrieben. Soweit es sich dabei um Wasserkräfte handelt, deren Ausbau auch unter den heutigen Verhältnissen wirtschaftlich vertretbar ist, wird sich die Regierung seine Förderung in jeder Hinsicht angelegen sein lassen. Die für die Gesamtversorgung des Landes wichtigsten Kraftquellen werden entweder der öffentlichen Hand vorbehalten werden müssen, die ihren Ausbau dem Badenwerk überläßt, oder es wird zum mindestens eine erhebliche Beteiligung des badischen Staates durch Vermittlung des Badenwerks an dem Ausbau dieser Kräfte vorzusehen sein. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt die Regierung dabei die Vorgänge, die sich in bezug auf die Wasserkräfte des Oberrheins sowohl auf der badisch-französischen, wie auf der badisch-schweizerischen Rheinstrecke abspielen. Sie ist im engen Einvernehmen mit den zur Vertretung nach außen berufenen Stellen des Reiches dauernd bemüht, die Interessen des Landes auf diesem Gebiet sicher zu stellen.

Die für die Allgemeinversorgung minderwichtigen Wasserkräfte werden, wie bisher, der Privat- oder gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung überlassen bleiben können. Der vom technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus notwendige Zusammenhang auch dieser mittleren und kleineren Unternehmungen mit den Großkraftwerken des Landes wird durch Abschluß geeigneter Stromaustauschverträge und durch Zusammenschluß der Verteilungsnetze herbeigeführt werden.

Die dauernd von den Behörden der Wasser- und Straßenbauverwaltung fortgesetzten Untersuchungen, die durch die Einführung eines Wasserkraftkatasters noch ergänzt werden sollen, gewähren nunmehr einen genügenden Ueberblick über die Kraftquellen des Landes, um einen Versorgungsplan für das Land unter Berücksichtigung der Entwicklungsmöglichkeiten sowie auch einer Kraftstromausfuhr an die Nachbargebiete aufzustellen. Nach diesen Plänen wird

das Badenwerk

die Rolle einer Landessammelstelle zu erfüllen und damit den Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch im Zusammenwirken mit den übrigen Kraftwerken des Landes und der Nachbargebiete auszuführen haben.

Die Regierung betrachtet es ferner als ihre Aufgabe, den verhältnismäßig wenig zahlreichen Gemeinden, die eine befriedigende Elektrizitätsversorgung bis jetzt noch nicht besitzen, eine solche nach Möglichkeit zu beschaffen. Sie wird ferner denjenigen Gemeinden, die durch Strombezug aus schweizerischen Kraftwerken infolge des ungünstigen Wechselkurses in besondere Schwierigkeiten geraten sind, nach Möglichkeit zur Erlangung günstigerer Lieferungsbedingungen mit Rat und Tat beistehen.

Um die gesamten Kräfte des Wirtschaftslebens zur unmittelbaren Mitarbeit an den Aufgaben der Energieversorgung heranzuziehen, ist die Einberufung eines vorläufigen Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrats beabsichtigt.

Ueber die Beteiligung Badens an der am 30. Dezember 1921 in München gegründeten Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft wird Ihnen eine besondere Vorlage zugehen.

Der Kampf gegen das Deutschtum am Rhein.

Koblenz, 24. Jan. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat die erste Entscheidung auf Grund ihres Schulerlasses getroffen. Sie hat gegen die Verwerdung des aus Ostpreußen stammenden Lehrers Bialsky in Rheydt und des aus Oberschlesien stammenden Lehrers Elsner in Rückelhofen, Kreis Erkelenz, Einspruch erhoben mit der Begründung, daß durch die Amtstätigkeit der beiden Lehrer die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet werde.

Verschiedene Drahtmeldungen

Abreise deutscher Kardinäle zur Papstwahl.

Berlin, 24. Jan. Der „Germania" zufolge wird Kardinal Dr. Bertram sich am Dienstag von Breslau nach Rom begeben zur Papstwahl. In München wird er sich mit den anderen Kardinälen zusammentreffen. An der Papstwahl werden sich sechs deutsche Kardinäle beteiligen.

Metallarbeiterstreik.

Essen, 24. Jan. Die Oberkommission der drei Spitzenverbände der Metallarbeiter in Hagen und Schwelm hat zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen den allgemeinen Streik beschlossen.

Gerichtssaal

Karlsruher Schwurgericht.

t. **Karlsruhe**, 24. Jan. In der gestern nachmittag fortgesetzten Verhandlung gegen die Kaufleute Weber und Gehry wegen

Urkundenfälschung und Betrugs

wurden weitere Zeugen vernommen.

Zeuge Dr. Ehrhardt bei den Kraftfutterwerken sagt aus: Der Angeklagte Gehry kam im Juli öfter in das Büro der Kehler Kraftfutterwerke und verkaufte einen Einfuhrschein für 29 000 M. Wenn die Ware eingeführt werden könnte, sollte er noch 2000 M Provision erhalten. Gehry verpflichtete sich, im Falle von Schwierigkeiten den Kaufpreis wieder zurückgeben zu wollen. Nachdem sich ergab, daß Wareneinfuhr mit diesem Schein höchst gefährlich sei, bezahlte Gehry zunächst 6000 M und nach einigen Tagen 20 000 M zurück.

Zu dem Verkauf des zweiten Frachtbriefs, der in Stuttgart gegen die Summe von 35 000 M abgesetzt wurde, wird zunächst Zeuge Hauffler vernommen: Ich wollte Tabakwaren aus der Schweiz einführen. Die mir fehlende Einfuhrbewilligung wollte mir ein gewisser Brechter verschaffen, indem er mir sagte, er habe einen Bekannten, der „höherer Regierungsbeamter" sei. Dieser könne ihm mit Leichtigkeit Einfuhrscheine verschaffen. Für 40 000 M erstand ich dann den Einfuhrschein von Brechter.

Der Arbeitsminister a. D. Rückert erklärte, daß er den Angeklagten Gehry nicht kenne, auch nicht, wie der Angeklagte Weber behauptete, mit ihm auf du und du stehe.

Der sachverständige Arzt erstattete das Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten Weber. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß der Angeklagte Weber väterlicherseits erblich belastet ist. Im Gefängnis hat er schreckhafte Vorstellungen und Anfälle gehabt, die aber nicht epileptischer Art sind. Zur Zeit der Begehung der Straftat war Weber nicht geisteskrank. Der § 51 des Strafgesetzbuches kommt also nicht in Frage.

Der Zeuge Dinkelacker (unbeeidigt, Vetter des Angeklagten Weber) hat den Verkauf eines weiteren Scheines an einen gewissen Schmalfuß, der ebenfalls Waren aus der Schweiz einführen wollte, zum Preis von 35 000 M arrangiert. Dinkelacker bekam einige Hundert Mark für die Vermittlung.

Der Zeuge Lutz, der ebenso wie die vorher vernommene Zeugin Finley unbeeidigt gehört wird, sagt aus, daß er mit Frl. Finley und dem Angeklagten Gehry von Karlsruhe nach Friedrichshafen gefahren sei. Weber, der von Frl. Finley aufgesucht wurde, gab im Hotel an, daß er Einfuhrscheine liefern könne durch seine angeblichen Verbindungen mit der Regierung. Zwei Einfuhrscheine könne er für 50 000 M sofort liefern. Mit dem Angeklagten Gehry, der als Regierungsbeamter bezeichnet wurde, verhandelte ich nicht, ich befand mich lediglich in Begleitung der Finley. Für Spesen bekam ich 10 000 M.

Vom Gerichtshof wird darauf hingewiesen, daß es merkwürdig sei, daß Lutz, obwohl er gar keine besonderen Funktionen hatte, nur für seine Spesen 10 000 M erhalten hatte.

Zeuge Schmalfuß: Ich kaufte von Brechter einen Einfuhrschein für 40 000 M, der angeblich von der badischen Regierung stammen sollte. Diese 40 000 M habe ich verloren.

Zeuge Schmidt war bei den Einfuhrscheinverkäufen in Friedrichshafen zugegen. Die Firma Rothschild bezahlte auf Drängen des Gehry, der in Friedrichshafen die Frachtbriefe zu verkaufen hatte, die 50 000 M für die zwei Frachtbriefe. Gehry wurde als „Minister" aus Baden bezeichnet; er selbst hat sich nicht als Minister ausgegeben. Nachdem noch ein mit 40 000 M geschädigter Zeuge vernommen worden war, schloß der Vorsitzende die elfstündige Verhandlung abends um ½10 Uhr.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Dienstag, den 24. Januar 1922 (8 Uhr morgens).

Ort	Luftdr. in NN	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag v. letzten 24 Std.
	mm					
Hamburg	—	—	—	—	—	—
Danzig	781.3	—18	—	still	wolkig	0
Berlin	775.9	—15	O	frisch	wolkig	0
Frankfurt	766.9	—10	NO	mäßig	bedeckt	0
München	—	—	—	—	—	—
Kopenhag.	778.5	—5	SSO	frisch	wolkig	0
Stockholm	787.0	2	NNO	schwach	Schnee	?
Haparanda	781.2	—8	—	still	wolkig	0
Skudenes	—	—	—	—	—	—
Valentia	754.6	7	O	frisch	Regen	0.5
Paris	760.8	—2	NO	mäßig	Schnee	0,5
Toulouse	755.5	6	SO	mäßig	heiter	
Zürich	764.5	—4	O	schwach	heiter	0
Wien	—	—	—	—	—	—

Allgemeine Witterungsübersicht.

Unter der Herrschaft des Hochdruckgebietes über Nordosteuropa dauert in Deutschland das meist heitere Frostwetter an. In unserem Gebiet sanken die Temperaturen stellenweise auf — 10 Gr. Eine über Frankreich sich bildende kleine Druckstörung wird höchstens strichweise geringen Schnee bringen. Die Kälte hält an.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 25. Januar: Fortdauer des Frostes, heiter bis wolkig, strichweise geringer Schnee.

Schneeberichte.

Feldberg: 95 Ztm., leicht verharscht. Schnee — 5 Gr., leichter SW, Nebel, Skisport n. gut.

Triberg: 30 Ztm., geschlossen, fester Schnee — 4 Gr., trüb, Stille, Wintersport sehr gut Sonntag, 29. Jan., Bobrennen.

Villingen: 14 Ztm., vereister Schnee — 5 Gr., schwacher S, bedeckt.

Hinterzarten: 35 Ztm., geschlossen, fester Schnee, wolkig, — 5 Gr., mäßiger O.

Titisee: 50 Ztm., dichter Schnee, — 15 Gr. bedeckt, Wintersport sehr gut.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	24. Jan.		23. Jan.
Schusterinsel	0,95 m		0,90 m
Kehl	1,90 m		1,85 m
Maxau	3,67 m		3,75 m
„	— m	mittags 12 Uhr	3,71 m
„	— m	abends 6 Uhr	3,69 m
Mannheim	2,41 m		2,50 m

Bunte Chronik.

Geraubte Millionenwerte zurückgeliefert. Im November 1921 ereignete sich in Augsburg am hellen Tage in der belebten Kaiserstraße ein aufsehenerregender Postdiebstahl, bei dem aus einem verschlossenen Postwagen, während der Kutscher auf dem Bock saß und der Schaffner in einem Hause zu tun hatte, für 600 Millionen Wertpapiere und Reichsschatzanweisungen geraubt wurden, und dazu noch Banknoten für einige hunderttausend Mark. Es gelang der Polizei nicht, die Täter zu entdecken, trotzdem eine hohe Belohnung ausgesetzt worden war. Am Samstag vormittag lag im Briefkasten des Postamts Augsburg I ein Paket adressiert an die Oberpostdirektion, das sämtliche Reichsschatzanweisungen und Aktien enthielt, die den Posträubern in die Hände gefallen waren, natürlich ohne Begleitschreiben. Die Wertpapiere waren seinerzeit mit ihren Nummern bekannt gegeben worden, so daß die Diebe sie nicht veräußern konnten. Selbstverständlich haben die Posträuber die Banknoten und alles Verwertbare nicht zurückerstattet.

Kirchenraub. Kirchenräuber drangen nachts in die Franziskanerkirche in Dortmund ein und raubten einige wertvolle Altargegenstände im Gesamtwert von 1 Million Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

425 000 Mark durch einen Eisenbahnsekretär unterschlagen. Der bei der Eisenbahnstationskasse Hannover Nord tätige Eisenbahnsekretär Neddermeyer, ein älterer Mann, der bei seinen Vorgesetzten und Kollegen den Ruf besonderer Zuverlässigkeit genoß, hat sich umfangreiche Veruntreuungen amtlicher Gelder zuschulden kommen lassen. Er verstand es, seit dem Jahre 1919 durch fortgesetzte Handlungen die Summe von etwa 425 000 Mk. zu unterschlagen. Neddermeyer scheint unter dem unheilvollen Einfluß eines seiner Kollegen gestanden zu haben, der auch einen großen Teil des Geldes erhalten hat und zur Einrichtung eines Warenlagers und zu sonstigen gewinnbringenden Zwecken verwandte. Es werden auch zwei weitere Beamte genannt, die ebenfalls von Neddermeyer große Beträge erhalten und sie zu geschäftlichen Unternehmungen verbraucht haben sollen. Die Veruntreuungen waren deshalb möglich, weil es sich im wesentlichen um Gelder handelte, deren endgültiger Zweck und Verrechnungsstelle noch nicht feststanden. Solche Beträge werden von den Eisenbahnkassen angenommen und vorläufig als durchlaufend gebucht. Sie entziehen sich daher sehr leicht der Kontrolle der Revisionsbeamten und lassen sich, wenn die Posten durch später eingezahlte Gelder aufgefüllt werden und keine zufällige Entdeckung eintritt, unter Umständen lange verschleiern.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich. Der Expreßzug Paris—Reims wurde bei der Einfahrt in den Bahnhof von Reims auseinandergerissen, angeblich infolge eines Defektes der Weiche. Die Lokomotive und der größte Teil der Wagen fuhren in der ursprünglichen Richtung weiter, während die vier letzten Wagen auf ein anderes Gleis fuhren und auf eine Rangierlokomotive stießen. Die vier Wagen wurden fast vollständig zertrümmert. 40 Reisende sind verletzt, darunter 15 schwer.

Zu vermieten

3 Zimmerwohnung in schöner Lage (Bismarckstr.) wird zu tausch. gesucht gegen solche in gut. Hause der Oststadt. Angebote unter Nr. 9022 ins Tagblattbüro erbeten.

Zimmer

Winterstr. 25, 4. St., ist gut möbl. Zimmer sofort oder auf 1. Februar an besseren Herrn zu verm.

Miet-Gesuche

3—4 Z.-Wohnung event. mit Laden und Werkstätte zu miet. ges. Angebote unt. Nr. 8813 ins Tagblattbüro erbet.

Zimmer

Junges Ehepaar, beide berufstätig, sucht möbl. Zimmer oder auch unmöbl. mit etwas Kochgelegenheit bei netter Fam. auf sofort od. spät. Ang. unt. Nr. 9023 ins Tagbl.

Fräulein, berufstätig, sucht gut **möbliertes Zimmer** in der Oststadt zum 1. Februar. Angebote unter Nr. 9026 ins Tagblatt.

Kapitalien

Mk. 25—50 000 zur Vergrößerung mein. gutgehend. Lebensmittelgeschäfts (eventl. st. Teilhaber) gesucht. Angebote unter Nr. 9011 ins Tagblattbüro erbeten.

Offene Stellen

Zuarbeiterinnen für Theater- u. Maskenkostüme sucht **Sebastian Münch** Karlsruhe, Hirschstr. 28.

Buffetfräulein per 1. Februar gesucht. Nur gewandte Personen wollen sich unter Vorlage v. Zeugnissen melden **Weinhaus Hotel Karpfen**

In Küche und Haush. durchaus tücht., zuverl. Mädchen in Arzth. Nähe Karlsr. bei gutem Lohn und Verpf. gesucht. Zuschriften mit Zeugn. und Bild an Frau **Westermann**, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstraße 28.

Hiesige **Großhandelsfirma** sucht per sofort oder später

Büroräume

3—4 Zimmer, parterre, in guter Lage zu mieten. Wenn vorhanden, wird auch **Lagerraum** mit übernommen. Evtl. kom. Tausch-Büro und Lagerräume in der Karlstraße in Betracht. Angebote unter Nr. 9017 ins Tagblattbüro erbeten.

Im Zentrum der Stadt werden zu Bürozwecken

2-3 Zimmer

im Erdgeschoß, möbliert oder unmöbliert (evtl. auch kleiner Laden), zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 9025 ins Tagblattbüro erbeten.

Putz-Direktrice

welche ein Atelier selbständig zu leiten versteht sofort gesucht. Angebote mit Photographie und Gehaltsansprüchen an

Julius Wertheimer, Landau (Pfalz)

Tüchtige Putzverkäuferinnen

nur branchekundig, können sofort eintreten.

Geschwister Gutmann.

Für das **Konstruktionsbüro** einer **Maschinenfabrik** bei Karlsruhe

mehrere Konstrukteure

mit Konstruktionspraxis im allgemeinen Maschinenbau gesucht. Nur wirklich tüchtige Kräfte wollen sich melden. Angebote unter Nr. 8978 mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf und Gehaltsansprüchen, sowie möglichst unter Beifügung einer Photographie ins Tagblattbüro erbeten.

Feuerversicherung.

Wir suchen gewandten, in der Branche durchaus versierten, jungen Herrn als

Außenbeamten

zur Bearbeitung aller vorkommenden Kommissionen. Eventl. kann ein in der Branche ausgebildeter Innenbeamter eingearbeitet werden. Gute Bezahlung nach Uebereinkunft.

Schriftl. Angebote über seitherige Tätigkeit, unter Beifügung von Zeugnisabschriften an

W. Herrmann, General-Agenturen, Karlsruhe i. B., Herthstraße 2a.

Tüchtiger Baugewerksmeister

mit guter Büropraxis für sofort gesucht.

Architekturbüro Dr.-Ing. R. Eisenlohr, Jahnstraße 8, Telephon 1695.

Versicherungs-Bank

Garantiemittel über

40 Millionen Mark

will in

Karlsruhe

eine

Transport-General-Agentur

errichten. Weitestgehende Unterstützung zugesichert. — Direkter Verkehr mit Generaldirektion

Hohe Provisionen

Ausführliche Bewerbungen nur von allerersten, seriösen Reflektanten, die über beste Beziehungen zu

Handel u. Industrie

verfügen, erbeten unter Nr. 9020 an das Tagblattbüro.

Ges. in prima Haus, Villa, zu ält. Ehepaar **1 Köchin** die Hausarb. besorgt, **1 Zimmerm.** d. näht, bügelt, serviert. Adr. im Tagblattbüro.

Tüchtiges, fleißiges **Mädchen,** welches kochen kann, per 1. oder 15. Febr. gesucht. Frau **Durlacher,** Kaiserstraße 64, Laden.

Ehrl. fleiß. Mädchen das selbst. arbeiten kann wird wegen Erkrankung des jetz. Mädchens auf sof. oder 1. Febr. gesucht. Fr. **L. Bechtel,** Karlst. 62.

In s. H. ges. arbeitsw. **Tochter aus gut. Haus** bei bes. Behdl. u. Vergüt. tägl. 5 Std. ohne Kost **als Mithilf i. Haushalt.** Verl. **perf. Näh., Flick., Büg.** Adr. im Tagbl.

Männlich

Strebsamer, organisationsfähiger **Kaufmann** übern. **Vertretung** seriöser Firma für Baden, Pfalz und Württbg. Bei Stadt und Landkundschaft gut eingeführt. Angebote mit gen. Angabe d. Verdienstmöglichkeit u. Nr. 9016 i. Tagblattbüro erb.

In Dauerstellung suchen wir einen tüchtigen **Steindruck-Maschinenmeister** m. besonderer Erfahrung in behördlichen Arbeiten. **Graphische Werkstätten m. b. H., vormals L. Glockner.**

Empfehlungen

Forderungs-Einzug, auch zweifelh. Ausstände, besorgt **Hans Mayer & Co.,** Karlsruhe i. B., Geranienstraße 5.

Ihr Paßbild in wenigen Minuten nur im Photograph. Atelier, Herrenstr. 38

Stühle werden geflochten, repariert und aufpoliert. **Göß,** Schillerstr. 31, Hth.

Verloren u. gefunden

Hausierer v. Samstag spreche Brahmsstr. 2 part. vor, betr. Abholung d. verloren. Eigentums

Gefunden in einem Personenzug aus Richtung Bretten ein **Geldbeutel** mit größer. Geldbetrag. Karlsruhe, 24. Jan. 1922. **Stationsamt.**

Verkäufe

!Diwans! **!Chaiselongues!** neue, m. u. ohne Decken, prima Ware, billig. **Köhler,** Schützenstr. 25.

Strickmaschine zu verkaufen: Karlstr. 85, Hinterhaus, part.

1 Nickel-Emailherd 1 schw. **Herd** b. ll. z. verk. **Schützenstr. 55, Laden.**

Herde, auch auf Teilzahlung, zu verk. **Bögele,** Ritterstr. 3.

Email-Herde Lackierte Herde Garantie für Brennen und Backen, kleine Herde für Notwohnung., Gasherde, Waschkessel mit Feuerung billigst. **Teilzahlung gestattet.** Reparaturen. Ersatzteile e.c. Herdschiffe **Gartenstraße 10,** Hof, Nähe Ortskrankenk. **Ph. Kranz.**

Gasöfen 2 kleine, zu verkaufen: Kaiserstraße 80 I.

Guterhalt. **Badegasofen** (Gaggenau) sehr wenig gebr., ebenso klein. **Gasofen** zu verkaufen: Westendstraße 11.

1 Fahrrad nur 500 M **1 Fahrrad** 900 M zu verkaufen; Schützenstr. 55, Laden.

Leiter 26 Sprossen, **1 Ofen** zu verk. **Waldstr. 42,** pt.

Fast neuer **Hochzeitsanzug** bill. zu verkaufen Zu erfr. im Tagblattbüro

Nur allererste Qualitäten in allen Preislagen.

Sie sparen viel Geld!

1 Posten **Besuchstaschen** bestehend aus vielen Einzel-Stücke, alle Ledersorten, teils mit Leder-Futter **78.— 72.— 68.— 52.—**

1 Post. **Strapaziertaschen** Ia Led., gr. Form, m. Spiegel, braun Krokodilnarbe **188.-**

1 Posten **Damentaschen** Ia Rindleder, mit Portemonnaie und Spiegel, mit und ohne Lederfutter, Kofferf. **450.- 425.- 375.- 325.-**

1 Post. **Geldscheintaschen** Ia Leder, mit Lederfutter **54.-**

Brieftaschen mit Geheimtasche und Geldscheinteil, viele Leders. **88.- 85.- 68.- 58.- 39.-**

Aus alten, günstigen Abschlüssen gelangen diese Woche zum Verkauf:

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Der Weg nach der Kaiserallee 50! ist unbedingt lohnend.

1 Posten **Besuchstaschen** Ia Auto-Rindlack, breit gestreift, letzte Neuheit, teils mit Lederfutter **475.- 425.- 325.-**

1 Posten **Damentaschen** große Kofferform, Ia Leder, braun Krokodilnarbe, 3fach. Verschluß m. Spiegel **198.-**

1 Posten **Damentaschen** Ia Auto-Rindlack m. Lederfutter u. Inneneinrichtung, eleg. Form **680.- 625.- 595.-**

1 P **Geldscheintaschen** Ia Leder mit Leder-Futter große Form **27.-**

Frühstücks- und Berufstaschen Ia Leder, verschiedene Formen enorm billig **168.- 158.- 148.- 62.-**

Offenbacher Lederwaren-Vertrieb

nur Kaiserallee 50! Ecke Händelstraße — **Karlsruhe** — nur Kaiserallee 50! Ecke Händelstraße

Ausschneiden!!

Im Monat Februar verlegen wir unser Etagengeschäft, bedeutend vergrößert, nach

Kaiserstrasse 203!

Kein Papier — Nur echt Leder — Keine Ersatzstoffe

Baracken-Abbruch

Von Montag, den 23. Januar ab werden in B.-Baden aus dem Abbruch der ehemaligen Erholungsbaracken ca. 100 cbm Bauholz, ca. 5000 qm Bretter, ca. 800 qm Fußboden 5 mm stark, ca. 80 St. Fenster mit Klappflügel und Basaulle samt Läden sowie ca. 300 lfm Zinkkanäle sehr preiswert abgegeben. Näheres auf der Abbruchstelle oder bei **Gebr. Griesinger, Eggenstein,** Telephon Karlsruhe 5635.

1 Pierrette, 1 Rokoko-Kostüm, Größe 43, zu verkaufen. Anzusehen zwischen 1 und 2 Uhr Leopoldsplatz 7a 4. Stock.

Maskenkostüme: Türke, Spanierin, Pierrot, Tirolerin, Zigeunerpaar, zu verleih. Kreuzstraße 7, Seitenbau, II.

Kaufgesuche

Zu kaufen gesucht: Dienstbotenbett, Schrank, Vertiko, ält. Sofa. Angeb. unter Nr. 9018 ins Tagblattbüro erbeten.

Echter Perser-Teppich von Privat zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 9024 ins Tagblattb.

Nachttisch, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 9019 ins Tagblattb.

Kupferner Badeofen für Holz- u. Kohlenfeuerung **zu kaufen gesucht.** Angebote unter Nr. 8648 ins Tagblattbüro erbet.

Ausgekämmte Frauenhaare kauft zu neuen erhöhten Preisen. Oskar Decker, Haarhandlung Kaiserstr. 32.

Größerer Kassenschrank gebraucht, aber gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 9021 ins Tagblattbüro erbeten.

Zahle die höchsten Preise für getragene **Herren- und Damenkleider, Schuhe, Wäsche, Uniformen, Pfandscheine.** Postkarte genügt. **A. Okuniewski,** Brunnenstraße 4.

Birn- und Nußbaumrundholz zu Furnierzwecken geeignet, zu kaufen gesucht. **Süddeutsche Furnierfabrik** Hartmann & Co. Karlsruhe (Baden) Telephon 5228.

Trauerbriefe jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung **C. F. Müllersche Hofbuchhandlg. m. b. H.**

2 Lederkoffer gesucht. Angeb. mit Preisangabe an **A. R. Barmann,** Sofienstraße 58, Vereinshaus.

Kanarienweibchen zu kaufen gesucht. **Lehr,** Stefanienstr. 62 II.

Meerschweinchen zu kaufen gesucht. **Internationale Apotheke.**

Kisten zu kaufen gesucht. **Lehr,** Waldhornstraße 8.

Bester Zahler für getragene Kleider, Schuhe, Weißzeug, Pfandscheine, Keller- und Speicherkram **J. Brief,** Fasanenstraße 35.

Kleider Schuhe, Wäsche, Pfandscheine, Federnbetten, Nähmaschine, Möbel, Gebisse, alte Gold- und Silberwaren kauft z. h. Preis Frau **Pfluger,** Hirschstr. 51 III.

Donnerstag von 9—5 Uhr werden **Gebisse angekauft,** per Zahn **Mk. 15.—.** Karlstraße 37, part.

Verschiedenes

Paßbilder liefern billigst **Samson & Co.,** photogr. Atelier **Kaiser-Passage 7.**

Batterien Taschenlampen erstkl. **Grund & Oehmichen,** Waldstraße 26.

Hämorrhoiden- kranke m. entsetzl. Schmerz, Blutung u. Knotenbild. werd. befreit d. Sanitas-Hauskur. Verlangt nur „Sanitas" in d. Kronen- u. Stadtapotheke Karlsr. Broschüre m. Dankschreiben gratis

Erweiterungen an elektr. Lichtanlagen sowie Neuanlagen (falls vom Elektr. Amt genehmigt). Beleuchtungskörper, Osramlampen. **Emil Schmidt & Kons.** Kaiserstraße 209.

2340 telephonieren Sie an, wenn Sie **WANZEN** samt Brut rationell vertilgt haben wollen. **Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer Union Göringer,** Ettlingerstr. 51 b. Bahnh.

Nachruf.

Am Samstag, den 21. Januar verschied unerwartet

Herr Eisenbahn-Ingenieur

Emil Warth

II. Vorsitzender des Aufsichtsrats

und am Montag, den 23. Januar

Herr **Vinzenz Keil**

Bürgermeister a. D.

seit 1903 I. Vorsitzender d. Aufsichtsrats.

Die Genossenschaft verliert in den zwei Dahingeschiedenen arbeitsfreudige und pflichttreue Verwaltungsmitglieder, welche nie erlahmten, für das Gedeihen der Genossenschaft zu wirken.

Was sie für die Genossenschaft getan, wird ihnen unvergeßlich bleiben.

Mieter- u. Bauverein Karlsruhe e. G. m. b. H.

Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute morgen entschlief sanft nach schwerem Leiden in festem Glauben an ihren Erlöser meine liebe Frau, unsere treue Schwiegermutter und Großmutter

Frau Adelheid Schloemann geb. **Heusler**

im 59. Lebensjahre.

Geh. Kirchenrat **Arnold Schloemann**
Adele Schloemann, geb. Momm
Arnold Schloemann als Enkel

Römer 8, Vers 18.

Karlsruhe, Maximilianstr. 4, 24. Januar 1922.

Die Beerdigung findet Freitag, 27. Januar, um 11½ Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Eine Blamage für das Musterländle.

Wie wir am Sonntag früh berichteten, sollte in Baden wie in anderen deutschen Freistaaten für die Unterstützung der deutschen Schulen in den uns entrissenen Ostgebieten geworben werden. Direktor Treut, der bekannte Organisator für dieses Hilfswerk, wollte in dieser Woche hier sprechen und besonders die Aufmerksamkeit der Schulen auf die deutsche Not im Osten lenken. Das badische Kultusministerium hat dieser vaterländischen Arbeit die Unterstützung mit dem Hinweis auf eine Verordnung vom Jahre 1862 versagt. Direktor Treut hat es daraufhin vorgezogen, auf eine Werbearbeit in Baden zu verzichten. Der Ruf des Musterländles dürfte durch solche Taten seiner Behörden kaum gewinnen, die Verhinderung der Werbung auch in Baden aber in weiten Kreisen der Bevölkerung zweifellos Enttäuschung und Unwillen hervorrufen.

Der Verein für das Deutschtum bedauert es jedenfalls außerordentlich, daß seine umfangreichen Bemühungen um die gute Sache vergeblich gewesen sind.

Aus Baden

Tagung der badischen Bäckermeister.

t. **Rastatt**, 24. Jan. Die Vertreter der Bäckerinnungen von hier, Ettlingen, Baden-Baden, Stadt und Land hielten hier eine Versammlung ab. Erschienen waren ungefähr 150 Bäckerinnungsvertreter. Der Vorsitzende der Gesamtinnung, Bäckermeister Wagner aus Pforzheim, befaßte sich in längeren Ausführungen mit dem Verkauf und der Vermietung der früheren Militärkommißbäckerei in Rastatt. Es wurde beschlossen, den Vorsitzenden in Berlin zu beauftragen, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden, um den Verkauf dieser Bäckerei an eine Aktiengesellschaft auszuschließen. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der Kauf oder Miete des gesamten Komplexes der Militärbäckerei ermöglichen soll. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der 75prozentigen Erhöhung des Brotpreises und des Mehles.

*

t. **Karlsruhe**, 24. Jan. Am Sonntag fand hier eine Landeskonferenz der Arbeiter-Sportkartelle Badens statt. Bei dem von dem Vorsitzenden des Landeskartells, Stenz-Karlsruhe erstatteten Geschäftsbericht wurde anerkannt, daß Regierung und Landtag für die Leibesübungen Verständnis gezeigt haben. Mit dem Landesausschuß für Leibesübungen wurde von Fall zu Fall erfolgreich zusammengearbeitet. Die Fragen der Besteuerung sportlicher Veranstaltungen, die Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts bei den oberen Klassen der Volksschule wurden mit der Regierung zusammen erörtert. Ferner hat sich das Landeskartell den „Badischen Lichtspielen" angeschlossen. Von den Gemeinden wurde mehr Entgegenkommen bei der Festsetzung der Turnhallenmieten gewünscht. Auch wurde angeregt, daß die Gemeinden für die Jugendpflege Räume zur Verfügung stellen, damit die Jugendpflegevereine nicht auf Wirtschaften angewiesen sind.

t. **Ettlingen**, 24. Jan. Geistlicher Rat Stadtpfarrer Ludwig Albert wird am 15. März in den Ruhestand treten.

ll. **Pforzheim**, 24. Jan. Als Baufonds für eine chirurgische Klinik übersandte Frau Mina Gans geb. Kappelmann in Brooklyn dem Stadtschultheißen Bätzner von Wildbad den Betrag von 50 000 Mk. — Seit Samstag sind hier rund 200 Holzarbeiter und Glaser ausgesperrt. — In der Nacht auf Samstag wurde im Stadtteil Brötzingen am Laden der Firma Pfannkuch & Cie. eine Spiegelscheibe im Werte von 3000 Mk. durch einen Steinwurf aus einem vorüberfahrenden Automobil zertrümmert. Die Täter sind unerkannt entkommen.

t. **Mannheim**, 24. Jan. Vor einigen Monaten wurden in Frankfurt nach einem Eisenbahntransport mehrere Pakete Eisenbahnbrüftenbücher vermißt, die für die Eisenbahnbehörde einen außerordentlichen Wert darstellten. Die Bücher wurden dann in Mannheim und Darmstadt für eine halbe Million Ausländern zum Kauf angeboten. Die Eisenbahnkriminalpolizei hat nun die an dem Vorfall beteiligten Personen verhaftet. Sie werden sich vor dem Reichsgericht wegen Landesverrats zu verantworten haben.

t. **Heidelberg**, 24. Jan. Der Raubmörder Siefert ist in der vergangenen Nacht in eine auswärtige Strafanstalt gebracht worden. — Wie hiesige Blätter melden, ist die Einlegung der Revision im Siefertprozeß wahrscheinlich. Von unterrichteter Seite werden die Kosten des Siefertprozesses auf 250 000 Mk. geschätzt. Alle anderen Angaben sind übertrieben. — Die Meldung von der Verhaftung der beiden Täter, die den Raubüberfall auf das Bahnwartshaus bei Steinsfurt verübten, bestätigt sich nicht.

t. **Ladenburg**, 24. Jan. Vor kurzem wurde im benachbarten Edingen die Familie Wilhelm Schmitt in große Aufregung versetzt, weil sie aus einer rheinischen Heilanstalt ein Schreiben des Bruders des Wilhelm Schmitt erhielt, der 1915 in russische Gefangenschaft geraten war und seitdem für verschollen galt. Als man nun den vermeintlichen Familienangehörigen in der Anstalt holen wollte, stellte es sich heraus, daß es sich um einen anderen Schmitt handelte und der Brief nach Edingen an der Lahn gehörte.

r. **Offenburg**, 24. Jan. Wegen gemeingefährlicher Bauernfängerei ist der „Magnetopath" und „Heilkundige" Johann Schlaffhäuser, der seit einiger Zeit hier seine „Praxis" ausübte und starken Zulauf hatte, verhaftet worden.

t. **Lahr**, 24. Jan. Am hellichten Tage drang ein Räuber in den Fischbauernhof ein und erzwang sich mit vorgehaltenem Revolver 150 Mk. Auf die Hilferufe einer allein im Hause weilenden kranken Frau floh der Räuber.

t. **Lahr**, 24. Jan. Im Alter von 61 Jahren ist hier am Sonntag früh Kirchenrat Ernst Barck, Stadtpfarrer an der evangelischen Christuskirche, gestorben. Der Entschlafene stammte aus Giersheim und war im Jahr 1885 in den badischen evangelischen Kirchendienst aufgenommen worden. In den ersten Jahren seiner seelsorgerischen Tätigkeit war er Vikar in Brötzingen und Kehl, dann Pfarrer in Holzen und seit 1898 wirkte er in der hiesigen evangelischen Gemeinde. Im Herbst v. J. war der Verstorbene zum Kirchenrat ernannt worden.

t. **Ueberlingen**, 24. Jan. In Bermatingen ist eine italienische Kommission eingetroffen, bestehend aus einem Abnahmebeamten und einem Dolmetscher, zur Abnahme von Hölzern im Sägewerk Himmelsbach, welche auf Grund des Friedensvertrags an den Feindbund zu liefern sind.

t. **Säckingen**, 24. Jan. Um der Preistreiberei bei Holzversteigerungen entgegen zu wirken, hat das Forstamt Säckingen beschlossen, bei Holzversteigerungen Holzhändler als Steigerer nicht zuzulassen.

Aus Nachbarländern

t. **Gemersheim**, 24. Jan. (Drahtber.) Der seit 20 Jahren in der hiesigen Preßhefefabrik beschäftigte Werkmeister Bernhard kam im Betrieb zu Fall und war sofort tot.

t. **Zweibrücken**, 24. Jan. Ein Kraftwagen der Firma Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel fuhr hier gegen ein Eckhaus, das schwer beschädigt wurde. Menschenleben kamen nicht zu Schaden, dagegen wurde der Kraftwagen und der Anhänger beschädigt.

Aus dem Stadtkreise

Pressefest 1922.

Das Programm für die Wohltätigkeitsveranstaltung des Vereins Karlsruher Presse am 4. Februar, „Eine Nacht am Bosporus", steht in skizzenhaften Zügen fest. Von der Erfahrung ausgehend, daß bei Festen, in denen dem Ball eine hervorragende gesellschaftliche Rolle zugeteilt ist, auch das geistreichste Wort nicht so zur Geltung kommt, wie dies der Fall sein müßte, wurde beschlossen, vor allem dem Auge durch Pracht, Fülle und Kunsttanz etwas zu präsentieren. Von diesem Gesichtspunkt aus muß zunächst der „Einzug des Sultans" mit großem Gefolge im großen Saal beurteilt werden. Nachdem dieser vorüberging, tritt das Ballettkorps unter Führung seiner Meisterin, Frl. Bourgeau, auf den Plan. Es gibt zunächst einen Schleiertanz, bei dem ihr von vier Ballettkräften assistiert wird. Das Ballettkorps wird dann durch einen Bajaderen-Tanz entzücken, dem als „Hauptattraktion" ein „Rosentanz" folgt. Des weiteren ist als dritte Schaunummer ein türkischer „Wanderzirkus" vorgesehen.

Im kleinen Saal (Harem genannt) wird die Kapelle des „Odeon" unter ihrem Leiter Hunyacek mit ihrer flotten Musik sich in Stimmungserzeugung betätigen. Hier ist eine Reihe von Einzeldarbietungen vorgesehen, die in gesanglichen, tanzmäßigen und zirzensischen Dingen bestehen werden. Außerdem kommt auch der Tanz zum Recht. Die anschließende „Opiumhöhle" wird in den Dielenbetrieb des kleinen Saales mit einbezogen, so daß hier ein künstlerisches Ganzes angetroffen wird.

Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist weiter sehr lebhaft. Die Quittungsinhaber, soweit sie sich in unsere Listen eingezeichnet haben, können diese ab 26. ds. Mts. gegen Eintrittskarten in unserer Expedition eintauschen.

*

Unsere Bilder im Schaufenster: Sport und Spiel in München. Winter im Hochgebirge. Professor Otto Nordenskjöld. Das Shiverfest in Zehdenick. Aus einem großstädtischen Zeitungs-Kaffeehaus. Erstes Deutsches Reichsrodeln in Schreiberhau. Aus den indischen Dschungeln. Wintersport in Amerika. Die Liebestätigkeit der Augustinermönche auf dem St. Bernhard-Paß im schweizerischen Kanton Wallis. Eine vornehme Jagdgesellschaft in Indien auf dem Wege zur Tigerjagd. Eine holländische Billardmeisterin.

Die verzögerte Trauerfeier. Das Städt. Nachrichtenamt teilt uns mit: In unserer Veröffentlichung zu dem Vorfall bei einer Trauerfeier auf dem hiesigen Friedhofe war die Bemerkung enthalten: „Letzterer (der Geistliche) meldete das Fehlen des Wagens beim Bestattungsamt, allerdings leider etwas spät." Der betr. Geistliche hat der Stadtverwaltung gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er sich durch diese Bemerkung verletzt fühle, weil darin der Vorwurf gegen ihn enthalten sei, als habe er die rechtzeitige Benachrichtigung des Bestattungsamtes versäumt und außerdem dieser Vorwurf auf die einseitige Aussage des zuständigen städtischen Beamten, ohne auch den Geistlichen darüber zu hören, erhoben worden sei. Wir stehen nicht an, festzustellen, daß uns durchaus fern lag, einen solchen Vorwurf zu erheben. Mit der erwähnten Bemerkung sollte nur objektiv darauf hingewiesen werden, daß ein Teil der eingetretenen Verzögerung in der Wagengestellung darauf zurückzuführen ist, daß das Bestattungsamt verhältnismäßig spät von dem Fehlen des Wagens Kenntnis erhalten hat. Eine nochmalige Erhebung über den Zeitpunkt der Benachrichtigung des Bestattungsamtes hat folgendes ergeben: Nach übereinstimmender Angabe des Geistlichen und des Kirchendieners hat der erstere 10 Minuten nach dem Termin, an dem der Wagen eintreffen sollte (10 Uhr), den Kirchendiener beauftragt, das Bestattungsamt telephonisch von dem Fehlen des Wagens zu benachrichtigen. Infolge Besetzung des Telephons hat sich nach Aussage des Kirchendieners die Verständigung mit dem Bestattungsamt um gut 5 Minuten verzögert. Der Beamte des Bestattungsamts bezeichnet 10.20 Uhr — die Bestattung war auf 10.30 Uhr festgesetzt — als den frühesten Zeitpunkt des Empfangs der Meldung. Der Unterschied in den Zeitangaben ist also an sich höchst unbedeutend und für die Sache selbst belanglos. In jedem Falle war der Zeitverlust bis zum Empfang der Meldung, ohne daß einer der beiden Seiten ein Verschulden zur Last gelegt werden kann, objektiv bedeutungsvoll genug, daß man sein Hinzutreten zu den übrigen, für die Verzögerung ursächlich gewesenen Zufälligkeiten in der Oeffentlichkeit bedauern konnte.

Verkehrssperren. Gesperrt ist der Gesamtgüterverkehr nach und über alle Bahnhöfe in Dresden. Aufgehoben ist die Ausnahmesperre für Eil- und Frachtstückgut nach Kehl (Uebergang Frankreich).

Spende. Anläßlich der Feier seines 80. Geburtstages hat Chemigraph Jakob Dolland hier dem Oberbürgermeister 500 Mark zugunsten des Waisenhauses übergeben.

Kartoffeln. Man schreibt uns: Aus der vorgestrigen Anzeige des Nahrungsmittelamts geht hervor, daß die Stadt im Gaswerk I, Kaiser-Allee 11, und in der Lagerhalle Homburger, Zimmerstr. 9, von morgens 9 bis mittags 3 Uhr, Samstags von 9 bis 12 Uhr, an Haushaltungen 20 Pfund Kartoffeln pro Kopf zum Preise von 1.10 M pro Pfund ausgibt. Der freie Handel verkauft keine Kartoffeln um diesen Preis, weshalb besonders den Minderbemittelten empfohlen wird, ihren Bedarf bei der Stadt zu decken, zumal kleine Mengen abgegeben werden. Die Anweisung und Bezahlung hat im Rathaus (Zimmer 127) zu erfolgen. Die Haushaltungen von Mühlburg können die Kartoffeln in den gleichen Stunden in der Werfthalle I am Rheinhafen abholen.

Chronik der Vereine.

Der Badische Leibgrenadier-Verein e. V. hielt kürzlich in seinem Vereinslokal „Residenzautomat" seine diesjährige Generalversammlung ab, die überaus zahlreich besucht war. Nach Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Verwaltungsinspektor Seyffarth, wurde nach Erstattung des Jahresberichts durch den 1. Schriftführer und den 1. Rechner dem Gesamtvorstande Entlastung erteilt. Der Verein entfaltete im vergangenen Jahre eine rege Tätigkeit. Außer zahlreichen Veranstaltungen wurde auch eine Sängerabteilung gegründet, die heute schon über 30 Sänger zählt und bei der Generalversammlung Proben ihres Könnens ablegte. Auch die Gründung einer Bücherei wurde vorgenommen, um die Kameraden mit gutem Lesestoff zu versehen. Das Vereinsvermögen konnte durch Schenkung wertvoller Gemälde und Kunstgegenstände um einen ganz beträchtlichen Betrag vermehrt werden. Die Beihilfekasse, die ebenfalls mit einem Ueberschuß abschloß, konnte im vergangenen Jahre an Beihilfen an bedürftige Kameraden und deren Hinterbliebenen, sowie an Sterbegeldern und sonstige kleinere Unterstützungen den Betrag von 12 600 Mark verausgaben. Bei den Wahlen wurde an Stelle des von seinem Amte zurückgetretenen verdienten 2. Vorsitzenden, Stadtgartenobereinnehmer Bronner Kamerad Obersollinspektor Richard gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wieder- und Herr Hug neu in den Verwaltungsrat gewählt. Den Schluß der Versammlung bildeten die Beratung von neuen Satzungen, die nach dem Vorschlag des Verwaltungsrates gutgeheißen wurden.

Einen Reichsgründungskommers veranstaltete am Samstag, 21. Januar auf dem Schwabenhause die Vereinigung Alter Landsmannschafter von Karlsruhe zusammen mit den hiesigen Landsmannschaften Hansea und Suevia, wobei Hochschulprofessor Dr. H. Wätjen einen Vortrag über „Der junge Bismarck" hielt. Mit großer Begeisterung wurde dieser von den Anwesenden aufgenommen und löste eine gewaltige vaterländische Stimmung aus. Die verschiedenen Reden waren ein Bekenntnis zur deutschen Reichseinheit und zum gesunden nationalen Staatsgedanken Bismarcks.

Der neue Gesetzentwurf für die Hausangestellten war das Thema, über das Frau Ministerialrätin Dr. Baum am Mittwoch, den 18. d. Mts. im Schlößle sprach, der Hausfrauenbund bot mit diesem Vortrag seinen Mitgliedern einen interessanten, zeitgemäßen Mittag. Die große Beteiligung der Frauen bewies, daß die Wahl des Themas eine glückliche und auch notwendige war. Frau Dr. Baum sprach mit bekannter virtuoser Sachlichkeit. An den Vortrag schloß sich eine längere lebhafte Aussprache.

Veranstaltungen.

Die städtischen Konzertveranstaltungen in der Festhalle bringen für nächsten Sonntag abend ein künstlerisch hochstehendes, heiteres Konzert mit Tänzen. Das Programm lautet: „Altdeutsch: heitere Spiele und Tänze" und enthält vor allen Dingen 2 lustige Fastnachtsspiele von Hans Sachs, betitelt: „Das Kälberbrüten" und „Das heysse Eisen". Recht drastische Einfälle bilden das Sujet der kurzen dramatischen Handlungen. Mitglieder des Bad. Landestheaters unter der Spielleitung von Felix Baumbach sind die Darsteller. Sie treten in zeitgemäßen Kostümen auf. Außerdem bringt Frau Marie Genter, eine anerkannte Künstlerin auf der Laute, heitere Gesänge zum Vortrag, und im übrigen wird Herr Rudolph mit dem Harmonieorchester aus der Schatzkammer Adolf Boettges Landsknechts-Fanfaren-Märsche und andere wirksame Musikstücke bringen, die dem Charakter des Abends Rechnung tragen und ihm gleichfalls eine besondere Note verleihen werden. Ballettmeisterin Fanny Bourgeau mit Kindern ihrer Tanzschule bietet choreographische Aufführungen. So wird jedermann künstlerischen Genuß und angenehme Unterhaltung finden. Kartenvorverkauf Stadtgartenschalter, Verkehrsverein und Kiosk am Hotel Germania.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland wird am 8. Februar in den Räumen der Eintracht einen Deutschen Abend abhalten. Wie seit Jahren bekannt, bringt dieser Verein nur gute, ernste und heitere Kunst zum Vortrag. Deutschland in Lied, Wort und Ton soll gefeiert werden. Der Tanz soll nicht fehlen, und die reichen Spenden an Speisen und Getränken, deren der Verein sich zu erfreuen hat, werden die Genüsse erhöhen. Unter der vortrefflichen Leitung des beliebten Künstlers, Herrn Baumbach, darf der Verein wohl einen gelungenen Abend erwarten.

Gesellschaft für deutsche Bildung, Ortsgruppe Karlsruhe und Theaterkulturverband. Der Literarhistoriker der Karlsruher Hochschule Prof. Dr. Holl wird als Vorstand der genannten Gesellschaft am Donnerstag, 26. d. Mts. im großen Hörsaale des chemischen Instituts der Technischen Hochschule einen Vortrag über: „Das deutsche Lustspiel zur Zeit der Klassik" halten, zu dem auch die Mitglieder des Theaterkulturverbandes freien Zutritt haben. Beginn abends 8 Uhr. Am kommenden Sonntag, vormittags 11¼ Uhr, findet in der Wandelhalle des Bad. Landestheaters wiederum eine Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes statt. Als Redner ist der frühere Dramaturg der Karlsruher Bühne, Dr. Karl Wolff, jetzt Dramaturg am Sächs. Landestheater, gewonnen. Dr. Karl Wolff, der hier als kenntnisreicher und geistvoller Redner bekannt ist, wird über das Thema: „Vom Sinn und Unsinn des Theaters" sprechen.

Das dritte Konzert des Instrumentalvereins findet am nächsten Donnerstag, den 26. Januar im Eintrachtsaale statt und bietet wiederum ein ausgesuchtes Programm von ausgesuchten Werken unserer deutschen Meister. Den Mittelpunkt bildet das berühmte Violinkonzert in E-Moll, op. 64, von Felix Mendelssohn Bartholdy, für dessen Interpretation der jugendliche Violinkünstler Karl Huber gewonnen ist. Den vokalen Teil des Abends hat die Sopranistin Fräulein Jenny Depner übernommen.

Schützenball. Das Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe des Schützenvereins Hinterdupfenbach, bildet den Anlaß zu dem diesjährigen Kostümball der Karlsruher Schützengesellschaft, der am 15. Februar in den Sälen der Festhalle stattfindet. Der Hauptfestplatz wird in den großen Saal verlegt, wo sich ein richtiger Festbetrieb mit Festzug, Ochsenbraterei usw. entwickeln wird. Im kleinen Saal wird sich ein Cabaret auftun und in dem immer gemütlichen Biertunnel wird eine Dachauer Kapelle mit Schrammelmusik vertreten sein. Die Vorbereitungen sind voll im Gang. Der Abend wird genußreich werden. Man beachte die Anzeigen.

Der 1. Athl. Sport-Klub Germania-Sportfreunde e. V. veranstaltet am Sonntag, 29. Januar, im Saale des Friedrichshof einen Kostümball. Der Festausschuß hat das Motiv „Eine Bauernhochzeit in Ober-Niederdupfingen" zu Grunde gelegt. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange, und es kann heute schon versichert werden, daß den Besuchern einige vergnügte Stunden geboten werden. Karten im Vorverkauf sind zu haben im Zigarrenhaus Pfeiffer am Marktplatz, Sporthaus Beier und im Lokal zum „Grünen Baum", am Durlachertor. Für Mitglieder nur im Lokal.

Mieterversammlungen finden am Donnerstag, 26. in der „Walhalla" und am Freitag, 27. Januar im „Rheinkanal" in Mühlburg statt, einberufen von Mieter- und Untermietervereinigung e. V.

Kaffee Bauer. Das Bestreben des Kapellmeisters Dolezel, die Kaffeehausmusik auf höhere Stufe zu bringen, zeigt steigende Erfolge. Im heutigen Mittwoch-Konzert kommt Beethovens Klaviertrio, op. 97, zur Aufführung.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen, 24. Jan.: Karl Friedmann von Zell, Postkutscher hier, mit Barbara Hofacker von Sinzheim; Wilhelm Mühling von Mannheim, Gerichts-Assessor hier, mit Adoline Alma Seneca von hier; Hermann Kießle von Zunsweier, Schreiner hier, mit Martha Kneip von Heidelberg.

Geburten, 19. Jan.: Herm. Wilh., Vater Herm. Schmid, Zollassistent. — 19. Jan.: Kurt Heinr., Vater Emil Reeb, Gärtner; Paul Karl, Vater Wilh. Leser, Bürogeh. — 20. Jan.: Charlotte Rosa, Vater Adolf Rösch, Güterschaffner. — 21. Jan.: Edwin, Vater Erwin Falkenstein, Kaufm.; Reginald Eberhard, Vater Ladislaus Kucharski, Kaufm.; — 22. Jan.: Margot Karoline, Vater Gustav Robin, Viehhändler; Gertrud Marie, Vater Alfred Birkenmeier, Kaufm.

Todesfälle, 23. Jan.: Johanna Füllgraf, alt 43 Jahre, Ehefrau von Ewald Füllgraf, Kaufm.; Johann Dinger, Masch.-Arb., Witwer, alt 72 Jahre; Lina Ott, alt 49 Jahre, Ehefrau von Wilh. Ott, Gipser; Jakob Hackmaier, Kanzlei-Sekr., Ehemann, alt 66 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, den 25. Januar. ½2 Uhr: Christine Leicht, Steinbrechers-Witwe, Zähringerstraße 4. — 2 Uhr: Johanna Füllgraf, Kaufm.-Ehefrau, Markgrafenstr. 40. — ½8 Uhr: Kath. Wittmann, Schlossers-Witwe, Baumeisterstr. 30. — 3 Uhr: 3 Uhr: Anna Kirsch, Eisenb.-Ober-Sekr.-Ehefrau, Karlstr. 53, Feuerbestattung. — ¼4 Uhr: Lina Ott, Gipsers-Ehefrau, Schützenstr. 83. — 4 Uhr: Jakob Hackmaier, Kanzlei-Sekr., Winterstr. 18, Feuerbestattung.

Die bedrohte Versorgung.

Von der städtischen Preisprüfungsstelle wird uns geschrieben: In der Zeit vom 17. Januar bis 23. Januar 1922 versagte die Belieferung des städtischen Marktes mit Obst und Gemüse aus der Umgebung gänzlich; insbesondere fehlten die Kartoffeln. Das aus Norddeutschland eingeführte Rot- und Weißkraut ist für die Menge der Verbraucher zu teuer. Dänisches Weißkraut kostete 2,70 Mk., Holsteinisches Rotkraut 3 Mk. das Pfund, Seefische kosteten 13 Mk. Während das Fleisch auf dem Wochenmarkte durchschnittlich um 2 Mk. billiger angeboten wurde als in den Läden, zogen die Preise für Wurstwaren merklich an; ebenso die Preise für Fett und Butter. Kostete in der vorletzten Woche die Butter noch 36 bis 40 Mk. das Pfund, so stieg sie in der vergangenen Woche auf 38 bis 42 Mk. Das Angebot an Eiern vermochte auf dem Markte wie in den Läden die Nachfrage nicht im entferntesten zu decken. Ein hiesiges Eiergroßgeschäft konnte 7000 Stück frische Eier einführen, die im Kleinverkauf bereits auf 5.10 Mk. zu stehen kommen. In früheren Jahren wurde das stockende Angebot an einheimischen Gemüsen in der gegenwärtigen Zeit durch erhöhte Zufuhr aus dem Ausland, insbesondere aus Italien, ergänzt. Die Entwertung des deutschen Geldes sowie die ungeheuere Steigerung der Frachtsätze machen heute die ausländische Einfuhr fast unmöglich. Von der Vertretung des Großhandels wurde erklärt, daß ein einziger Eisenbahnwagen oberitalienisches Gemüse allein 25 000 Mk. Fracht koste, was die Waren derart verteuert, daß bei der mangelnden Kaufkraft der Verbraucher der Absatz in Frage gestellt sei und der Handel das Risiko nicht auf sich nehmen könne. Auch die Zufuhr aus den entfernteren Gegenden Deutschlands gestalte sich infolge der riesigen Frachtunkosten immer schwieriger, und mehr und mehr sei die Versorgung der Städte mit Gemüse in der Hauptsache auf die Erzeugung des nächsten Umlands angewiesen. Von allen Seiten wurde betont, daß bei Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse die Gemüseversorgung der Großstädte nur durch Anlage von Rieselfelder und Förderung des Gemüsebaues, sei es im Einzel- oder Genossenschaftsbetriebe, und durch gemeinsames Zusammenwirken von Stadt und Land gesichert werden könne.

Tagesanzeiger.

Mittwoch, den 25. Januar 1922.

Landestheater. „Der Freischütz". 7 Uhr.
Konzerthaus. Badische Lichtspiele. 5 und 8 Uhr.
Festhalle. Kleiner Saal: Vortragskurs der Bad. Landwirtschaftskammer. 9¾ Uhr. vorm.
Colosseum. Varieté. 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele. Neues Programm.
Circus Busch. Städt. Ausstellungshalle: Gala-Eröffnungsvorstellung. 8 Uhr.
Kaffee Bauer. Sonderkonzert. 8¼ Uhr.
Kaffee Roland. Sonderkonzert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 24. Januar (abends).

Belgien	—	**Schweiz**	—
Paris	1722½	**London**	899
Neuyork	214	**Italien**	—
Holland	7750		

Tendenz: teilweise fest.

Die Zwangsanleihe.

Unter dem Druck des 27. Januar, an welchem Termin die deutsche Antwort an die Reparationskommission hinausgehen muß, ist das Problem der Zwangsanleihe wieder einmal zum Streitapfel der Parteien geworden. Die Rolle der Eris spielt die Sozialdemokratie. Reichstagspräsident Löbe hat in seiner aufsehenerregenden Rede vor den Betriebräten der A. E. G. die Zwangsanleihe den einzigen Ausweg genannt, der uns übrig bleibe. Er schätzt das Erträgnis auf 2 bis 3 Milliarden Goldmark. Das wäre ganz bedeutend, mehr als die Aufstellung des Reichsbankpräsidenten Havenstein im Dezember 1920. Havenstein nannte nur 20 Milliarden Papiermark. Man erinnert sich wohl noch der damaligen Verhandlungen im Steuerausschuß des Reichstages. Dr. Wirth, damals Reichsfinanzminister, brachte gegen die Angriffe des Deutschnationalen Dr. Helfferich, hinter den sich die Deutsche Volkspartei und die Demokraten stellten, einen Nothelfer und berief Havenstein. Es wurde um eine Verbindung des Reichsnotopfers mit einer Zwangsanleihe gestritten. Havenstein schlug vor: Jeder zahlt für ein Viertel seines deklarierten Vermögens Zwangsanleihe. Für die Betriebe und die kleineren Vermögen sollen Milderungen eintreten. Von dem Viertel soll in Abzug gebracht werden, was die Steuerzahler an selbstgezeichneter Kriegsanleihe besitzen, oder was sie mit Kriegsanleihe bezw. in bar als Reichsnotopfer gezahlt haben. Die Zwangsanleihe gibt nach Havenstein einen sehr guten Lombardtitel ab, da sie mit 4 Proz. verzinst und von der Kapitalertragssteuer befreit werden soll. Die Betriebe, die nur mit der Hälfte des Viertels, also mit einem Achtel ihres Vermögens herangezogen werden sollen, wären stets in der Lage, auf die von ihnen gezeichnete Zwangsanleihe einen Lombard zu nehmen, wenn sie Geld brauchen. Auf das Ausland erwartet Havenstein von der Zwangsanleihe eine günstige Wirkung. Jede bisherige Ankündigung habe sowohl in Amsterdam als auch in Zürich unsere Valuta gebessert. Soweit der Reichsbankpräsident. Er drang nicht durch. Das Kabinett sprach sich gegen die Zwangsanleihe aus. Es blieb bei der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers.

Auch theoretisch fand Havenstein keine Bundesgenossen. Nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers hat das bloße Auftauchen des Gedankens einer Zwangsanleihe schon damals genügt, um eine starke Kapitalflucht eintreten zu lassen. Auch der als erste Autorität auf dem Gebiete des Finanzwesens anerkannte Senatspräsident beim Reichsfinanzhof, Dr. Strutz, erhob seine Stimme gegen Havenstein. Strutz vertritt die Ansicht, daß eine Zwangsanleihe die Kreditwürdigkeit Deutschlands nicht heben könne, sondern schwer schädigen werde und eine Verteuerung des Betriebskapitals für Industrie, Handel und Landwirtschaft nach sich ziehen müsse. Die verheißene Lombardierung der Zwangsanleihe würde der Inflation nicht wirksam steuern, da in Höhe des Lombarddarlehens wieder Zahlungsmittel ausgegeben werden müßten. Die Zwangsanleihe bleibe im wesentlichen auf der festen Vermögensanlage hängen, die man doch gerade schonen wolle. Die Kapitalflucht werde nicht verhindert, die Versuchung zum Banknotenhamstern werde noch verstärkt.

Diese Mängel des Havensteinschen Programms können vielleicht ausgeschaltet werden, wenn man der Kapitalflucht und der Notenhamsterei in psychologisch richtiger Weise einen Riegel vorschiebt. In den Wandelgängen des Reichstags wird zurzeit folgender Vorschlag lebhaft besprochen: Man begebe eine Reichsanleihe zu pari, mit niedrigstem Zinssatz (höchstens 2 oder 2½ Proz.) und mit der Bestimmung, daß Kapital und Zinsen dieser Anleihe für immer von sämtlichen Steuern und Abgaben befreit sein sollen. Wer diese Anleihe erwirbt, schafft sich eine Kapitalreform, die jedem weiteren Steuerzugriff ein für allemal entzogen ist. Die jährlichen Zeichnungen können vom Einkommen abgesetzt werden. Die Folgen: Gesunde Kapitalbildung im Inland; Wegfall des Steuerapparates für diese Vermögen, Konsolidierung eines erheblichen Teiles der schwebenden Schuld; Verminderung des Umlaufs an papiernen Zahlungsmitteln; Verbesserung des inneren Wertes der Mark; Steigerung der Valuta nach außen; Erhöhung der Kaufkraft. Der ethische Vorteil: Die falschen Steuererklärungen nehmen ab, da jeder die Möglichkeit hat, in gesetzlich erlaubter Weise Kapital der künftigen Versteuerung zu entziehen. Diese Vorschläge haben vieles für sich. Wenn es wirklich keinen anderen Ausweg als die Zwangsanleihe mehr geben sollte, so muß es eine veredelte und richtig eingefädelte sein.

Börse Handel Industrie – Gewerbe

Mannheimer Effektenbörse.

(Eigener Drahtbericht.)

K. **Mannheim,** 24. Jan. Die Haltung der heutigen Börse war etwas ruhiger. In Benzaktien war Geschäft zu höheren Kursen: 620 bz. und G., ebenso in Dingler-Maschinen 639. Außerem waren Umsätze zu verzeichnen in Mannheimer Versicherungsaktien 2550 und in Frankona zu 1700 Mark per Stück. Zellstoff Waldhof 840 Proz., niedriger Westeregeln 2500 Prozent.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.,** 24. Jan. Die Haltung der Börse entsprach bei der Eröffnung vielfach nicht den gehegten Erwartungen, da gerade die gestern bevorzugten Papiere nicht so fest einsetzten, als man erwartete. Der Verkehr für ausländische Werte war dagegen etwas lebhafter, was mit der Aufwärtsbewegung des Dollars in Verbindung gebracht wurde, der zwischen 209, 212 bis 215 umgesetzt wurde. Im freien Verkehr fanden Chemische Rhenania größere Beachtung 1015, Gummi Pollack 1100. Ferner wurden noch zu folgenden Kursen gehandelt: Deutsche Petroleum 1900, Mansfelder Kuxe 25 000, Inag 800—845, Benz-Motoren 640, Junge Brown Boveri 425, Gebrüder Fahr 650, Entreprise 4650. Neu eingeführt wurden Dyckerhoff & Widmann, Biebrich-Aktien traten mit 640—650 in den Verkehr, Ufa 225—230, Rastatter Waggon 730. Bei der ersten Notierung zeigten Montanaktien eine unregelmäßige Tendenz. Gebessert erschienen wiederum Buderus, die mit 949 einsetzten. Auch Harpener und Phönix fanden anfangs sehr Beachtung. Chemische Aktien hatten einen ruhigen Verkehr, doch ist die Stimmung hierfür fest. Bevorzugt waren Goldenberg, Lackfabrik Schramm. Scheideanstalt 1500. Elektrizitätsaktien sind bei bescheidenen Umsätzen leicht befestigt. Felten & Guilleaume, Lahmeyer, Schuckert, Siemens & Halske eröffneten höher. Maschinen- und Metallwerke bei ziemlich fester Tendenz wenig verändert. Neckarsulmer mit 1275 gesuchter, plus 25. Ferner Maschinenfabrik Badenia, Feinmechanik Jetter höher genannt. Schwach lagen Oesterreichische Kreditanstalt. Ungarische Goldrente erholten sich, Mexikaner fest, Zellstoff Aschaffenburg 899. Im weiteren Verlaufe blieb der Verkehr ruhig, zumal der Dollar wieder etwas zurückging. Die Börse schloß bei ruhigem Geschäft in gut behaupteter Haltung. Privatdiskont 4½ Prozent.

Berliner Börse.

w. **Berlin,** 24. Jan. Die für Deutschland zur Zeit schwierige, außenpolitische Lage und die Ungewißheit über den Verlauf der Verhandlungen zwischen den Parteien hinsichtlich einer Verständigung über die Steuervorlagen haben die Devisenpreise, auch veranlaßt durch den erneuten Rückgang der Mark in Neuyork, ihre Steigerung fortsetzen lassen, so daß der Dollar 215 genannt wurde.

Die Rückwirkung auf den Effektenmarkt war aber nicht groß. Es machte sich wie schon gestern eine ausgesprochene Zurückhaltung besonders seitens der Börsenkreise bemerkbar, wogegen das Privatpublikum wiederum am Einheits- und Industriemarkt etwas mehr Kauflust zeigte. Die Kursveränderungen für die marktgängigen Papiere betrugen bis zu 25 Prozent und vereinzelt auch darüber. Lebhafte Umsätze fanden in Kaliaktien bei einer Kursbesserung bis zu 75 Prozent für diese und in Ungarischen Rentenwerten statt, von denen 1910er, 1913er und 1914er auf angeblich starke Prager Käufe um 15 bis 25 Prozent stiegen. Valutarenten folgten der Devisensteigerung nur zögernd. Heimische Renten überwiegend fest. Wesentliche Veränderungen traten im Kursstand im weiteren Verlaufe nicht ein, wenn auch hin und wieder mäßige Abbröckelungen erfolgten.

Schiffahrt.

Zum Schiffverkehr auf dem Oberrhein. In den letzten Tagen las man in den Zeitungen eine Notiz folgenden Inhalts: Bei dem günstigen Wasserstande ist der Verkehr auf dem Oberrhein sehr lebhaft. Zu dieser leicht irreführenden Meldung teilt uns nun das Rheinbauamt Karlsruhe mit: Die zu vorstehender Notiz gemachten Bemerkungen sind leider nicht zutreffend und soweit sie es sind, handelt es sich um Schiffsverkehr nach Straßburg. So sind in der Zeit vom 1. bis 20. Januar bergwärts 44 beladene Kähne gegangen mit insgesamt rund 21 900 Tonnen. Von den beladenen Kähnen fuhren nach Straßburg 15 200 Tonnen, meist Kohlen, nach Kehl 4360 Tonnen, davon aber nur 1750 Tonnen unter deutscher Flagge. Nach Karlsruhe fuhren 2340 Tonnen, davon 1240 Tonnen mit Kohlen. Ferner gingen nach Karlsruhe 16 leere Kähne, nach Lauterburg einer und nach Straßburg einer. In diesem Sinne sind die Meldungen über den „lebhaften Verkehr auf dem Oberrhein" aufzufassen.

Verschiedenes.

Rhein-Main-Donau A.-G. Die Anmeldungen auf die zur Zeichnung ausgelegten Vorzugsaktien und die Teilschuldverschreibungen der Rhein-Main-Donau A.-G. gingen in solchem Umfange ein, daß mit erheblicher Ueberzeichnung gerechnet werden muß.

Märkte.

Kleinverkaufspreise für Gemüse und Obst der Stadt Bühl. Feldsalat Pfd 2 M., Meerretich Stange 4—5 M., rote Rüben Pfd. 1.40 M., Rotkraut Pfd. 2 M., Weißkraut Pfd. 1.60 M., Wirsing Pfd. 1.20 M., Zwiebeln Pfd. 1.80 M., Butter Pfd. 35—38 M., Eier Stück 4 M., Quark Stück 3.60 M. Edelobst. Aepfel Pfd. 3.50 M., Koch-Obst Pfd. 2.80—3.00 M.

Unnotierte Werte:

Wir waren vorbörslich	Käufer	Verkäufer
Bad. Lokomotivbau Mosbach	—	400
Becker Stahl	520	—
Benz	640	670
Brown Boveri junge	440	460
Deutsche Lastauto	3[illegible]0	—
Deutsche Petroleum	1900	2000
Engelbrauerei Heidelberg	150	—
Gebr. Fahr	640	670
Greffenius	1100	1180
Hansa Lloyd	350	375
Industrie-Beteiligungen	390	410
Karstadt-Aktien	360	380
Mansfelder Kuxe	24700	25500
Rastatter Waggon	720	750
Rhenania Chem.	1000	—
Julius Sichel & Co.	650	—
Teichgräber	450	470
Wolf, Buckau	940	930
5% Rhein. Elektr. Obligationen	—	102
5% Mannheimer Großkraftwerke	—	101½
5% Badenwerk	—	102½
6% A.E.G Vorzugs-Aktien	120	130
5% A.E.G Vorzugs-Aktien	125	135
6% Rhein Elektr. Vorz.-Aktien	—	135
6% Zellstoff Waldhof „	—	120
6% Brown Boveri „	—	125
7% Leonhard Tietz „	115	120

In sonstigen unnotierten Werten sind wir stets kulant Käufer und Verkäufer und erbitten Anfrage.

Baer & Elend

Bankgeschäft, KARLSRUHE, Karlstraße Friedrichstr. 26

Telephon 223 und 235.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	23. Jan.	24. Jan.
Badische Bank	510.—	514.—
Darmstädter Bank	270.—	270.—
Deutsche Bank	475.—	490.—
Diskonto Commandit	412.—	411.—
Dresdener Bank	324.50	324.50
Mitteld. Creditbank	294.—	294.—
Oesterr. Länderbank	194.75	178.—
Pfälzische Bank	55.—	55.—
Rheinische Creditbank	275 mt	260.—
Südd. Diskonto-Ges.	370.—	370.—
Wiener Bankverein	63.ex	54.50
Württbg. Notenbank	—.—	400.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	1080.	—.—
Gelsenkirchen	940.—	941.—
Harpener	1435.	1472
Laurahütte	945.—	945.—
Aschaff. Zellstoff	892.—	899.50
Grün & Bilfinger	540.—	545.—
Zementw. Heidelberg	829.—	820.—
Bad. Anilin	625.—	629.—
Scheideanstalt	1490.	1490.
Höchster Farben	605.—	604.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	539.50	525.—
Gebr. Junghans	600.—	600.—
Adler & Oppenheimer	1398.	1449.
B. Masch. Badenia	680.—	688.—
Maschfabr. Durlach	830.—	—.—
Maschfabr. Gritzner	1080.	1080.
Haid & Neu	785.—	786.—
Maschfabr. Karlsruhe	940.—	942.—
Oberursel	666.—	700.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	695.—	505.—
Elsässer Baumwolle	893.—	943.—
Spinnerei Ettlingen	1740.	—.—
Uhrenfabr. Furtwang	750.—	795.—
Waggon-Fabrik Fuchs	795.—	800.—
Zellstoff Waldhof	849.—	848.—
Zuckerfabr. Waghäusel	830.—	828.—
Zuckerfabr. Frankenth.	810.—	820.—
Benz Motoren	610.ex	615.—
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	930.—	932.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	23. Jan.	24. Jan.
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	100.—	99.90
5% III „ „	100.—	100.—
4½ IV—V „	85.30	85.30
4½ VI—IX „	72.—	72.—
4½ 1924er „	85.80	85.90
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	88.10	88.40
3½% „ „	73.75	73.50
3% „ „	104.—	105.—
Deutsche Prämienanl.	79.—	79.75
5% Pr. Schatzanw. 192	—.—	—.—
4% Pr. „ 192	100.—	100.—
4% Preußische Konsol	71.90	72.25
3½% „ „	60.50	60.50
3% „ „	57.75	57.75
4% Bad. Staatsanl. 08	77.25	78.—
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	470.—	475.—
Gr. Berl. Straßenbah	—.—	—.—
Baltimore	695.—	715.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	2075	—.—
Deutsch-Australien	682.—	—.—
Hamburger Paketfahrt	473.—	450.50
Hambg.-Südamerika	782.—	770.—
Hansa D.-Schiffahrt	395.—	389.—
Norddeutscher Lloyd	—.—	324.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	460.—	470.—
Darmstädter Bank	280.—	281.—
Deutsche Bank	490.—	492.—
Diskonto-Commandit	415.—	415.
Dresdner Bank	324.—	324.—
National Bank	285.—	285.—
Oesterr. Credit	83.—	77.—
Reichsbank	199.—	198.—

Industrie-Papiere	23. Jan.	24. Jan.
Accumulatoren	889.—	900.—
Adlerwerke	640.—	639.50
Alexanderwerke	585.—	589.—
A. E. G.	706.—	712.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1350.	1370.
Augsburg-Nürnberg	1165.	1240.
Badische Anilin	635.—	640.—
Bergmann Elektrizität	895.—	901.—
Berl. Anh. Maschinen	701.—	702.—
Berliner Maschinen	1190.	1150.
Bing Nürnberg	580.—	595.—
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	1050.	1027.
Gebrüder Böhler	1225.	1225.
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	910.—	910.—
Chem. Griesheim	765.—	775.—
Chem. Albert	1465.	1465.
Daimler Motoren	550.—	537.—
Dessauer Gas	553.—	545.—
Deutsch-Luxemburg	920.	903.—
D. Eisenbahn S. W.	569.—	570.—
Deutsch Erdöl	2000.	1950.
Deutsches Kali	1380.	1415.
Deutsche Waffen	1394.	1399.
Deutsch Eisenh.	939.75	975.—
Dynamit Trust	745.—	746.—
Elberfelder Farben	633.—	628.—
Schweiz. Bergwerke	800.—	800.—
Feldmühle Papier	900.—	897.—
Felten & Guilleaume	990.—	970.—
Filter Brauertechnik	1260.	1299.
Gargenau	701.—	711.
Gasmotoren Deutz	820.—	792.—
Gelsenkirchen	938.50	920.—
Genschow	728.—	729.50
Goldschmidt	1200.	—.—
Gritzner Maschinen	1040.	1050.
Hannover Maschinen	3000.	3200.
Hannover Waggon	1021.	1010.
Harpener	1440.	1450.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	790.—	789.—
Höchster Farben	605.—	600.—
Hösch Eisen	1218.	1193

	23. Jan.	24. Jan.
Hohenlohe	750.—	765.—
Kali Aschersleben	965.—	950.—
Maschfabr. Karlsruhe	945.—	1020.
Ver. Köln.-Rottweil	885.—	740.—
Kostheimer Cellulose	501.—	500.—
Kyffhäuser	510.—	505.—
Lahmeyer Co.	510.—	510.—
Laurahütte	935.—	910.—
Lindes Eismaschinen	642.—	650.—
Ludwig Löwe	920.—	912.—
Lothringer Zement	845.—	840.—
Mannesmann	1425	1380
Oberschl. Eisenb.-Bed.	800.—	794.—
Oberschl. Eisenindustr.	735.—	700.—
Oberschl. Kokswerke	1800	1800.—
Orenstein & Koppel	1010.	990.—
Phönix Bergwerke	1079	1041.
Rheinisch Metall	499.75	491.—
Rheinisch Stahl	1200	1170.
Rombacher Hütte	800.—	796.—
Rütgerswerke	928.—	930.—
Sachsenwerke	569.—	576.—
Schubert & Co.	680.—	670.—
Siemens & Halske	820.—	799.—
Sinner Brauerei	820.—	800.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1480	1425
Stollberger Zink	1120	1110.
Türkischer Tabak	2715	—.—
Varziner Papier	1380	1378
Vereinigt. D. Nikel	1199	1200.
Vereinigt. Glanzstoff	2235	2250
Vereinigt. Stahl Zypen	4020	4000
Wanderer Fahrrad	1600	1555
Westeregeln Alkali	2500	2350.
Zellstoff Waldhof	855.—	850.—
Otavi Minen	850	805.
Otavi Genuß	830.—	880.—
Deutsche Petroleum	1875	1850
Pomona	4500.	5000.
Kollmar & Jourdan	875.—	875.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 24 Januar

	23. Jan. Geld	23. Jan. Brief	24. Jan. Geld	24. Jan. Brief
Antwerpen-Brüssel	1575.90	1579.10	1685.80	1689.20
Holland	7430.—	7445.—	7767.20	7782.80
London	862.10	863.90	895.90	893.40
Paris	1635.80	1639.20	1725.70	1729.30
Schweiz	3965.—	3974.	4145.80	4154.20
Spanien	3036.90	3043.10	3201.80	3208.20
Italien	885.10	886.90	929.—	931.—
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	4078.40	4086.60	4320.60	4329.40
Norwegen	3191.80	3198.20	3359.10	3365.90
Schweden	5094.90	5105.10	5257.20	5267.80
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	204.17½	204.57½	212.20	212.80
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch Oesterr.	5.99	6.01	5.74	5.76
Budapest	29.87	29.93	29.59½	29.65½
Prag	378.60	379.40	411.—	412.—

w. Berlin, 24 Januar

	2. Jan. Geld	2. Jan. Brief	24. Jan. Geld	24. Jan. Brief
Rotterd. Amsterd.	7427.55	7442.45	7792.20	7807.80
Brüssel	1553.40	1556.60	1662.35	1626.65
Christiania	3205.75	3213.25	3326.65	3333.35
Kopenhagen	4090.90	4099.10	4225.70	4234.30
Stockholm	5084.90	5095.10	5259.70	5280.30
Helsingfors	381.50	382.40	404.55	405.45
Italien	884.10	885.90	924.05	925.95
London	861.60	863.40	891.60	893.40
Newyork	204.04	204.46	209.70	210.21
Paris	1628.35	1631.65	1708.25	1711.75
Schweiz	3965.—	3974.—	4115.85	4124.15
Spanien	3031.95	3038.05	3151.80	3158.20
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	5.73	5.75	5.48	5.52
Prag	377.60	378.40	421.55	422.45
Budapest	29.52	29.68	28.97	29.03
Lissabon	125.85	127.15	133.85	134.15
Bulgarien	—.—	—.—	—.—	—.—
Buenos-Aires	69.90	70.10	72.65	72.85

Abendbörsen

Frankfurt, 24. Jan.

Brüssel	—	Paris	1722½
Holland	7750	Italien	—
London	899	Neuyork	214
Schweiz	—		

Tendenz: teilweise fest.

w. Zürich, 24 Januar

	23. Jan.	24. Jan.
Holland	187.50	187.—
Deutschland	2.57½	2.57½
Wien	[illegible].15	[illegible].15
Prag	9.40	10.05
Paris	41.50	41.20
London	21.67	21.68
Italien	22.40	22.40
Brüssel	39.75	39.80
Budapest	75.—	72½
Newyork	15.25	14.50
Agram	1.72½	1.70
Warschau	0.15	0.15
Kopenhagen	103	103.—
Stockholm	128.25	128.—
Christiania	80.50	81.—
Madrid	76.25	77.—
Buenos-Aires	172.50	170.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe

	a vorbörslich	b nachbörslich
Holland	7500 — 7850	7725 — 7825
Schweiz	4075 — 4175	4125 — 4175
Paris	1680 — 1735	1705 — 1720
Belgien	1500 — 1690	1530 — 1690
London	830 — 925	895 — 905
Newyork	205 — 217	211 — 212
Italien	910 — 940	925 — 935
	Tendenz fest.	Tendenz behauptet.

zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Hauptniederlage bei Blum & Schmidt, Karlsruhe i. B. Adlerstraße 31, Fernsprecher 4685.